

Wöchentlich 86 Pf., monatlich 2,60 Pf. (bestenfalls 25 Pf. monatlich für Lieferung ins Haus) im voraus zahlbar. Preisbezug 4,20 M., einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postgebühren. Auslandsendungen 6,- M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Briefposttarif 5,- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal Sonntags und Montags einmal die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, Sonntags Sonntagsbeilage „Wort und Zeit“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sonntabend
7. November 1931
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einzeln. Temporeilagen 60 Pf. (bestenfalls 25 Pf. monatlich für Lieferung ins Haus) im voraus zahlbar. Preisbezug 4,20 M., einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postgebühren. Auslandsendungen 6,- M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Briefposttarif 5,- M.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Köhler (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dt. V. u. Dtsch.-Gef., Depositenk., Jerusalemstr. 65-66.

Der Romflieger abgeschossen?

Aus Angst vor einem zweiten Fall Matteotti verheimlicht.

Verbirgt das Geheimnis um das Ende Lauro de Bossis ein Verbrechen? Dieses jungen italienischen Dichters, der am 3. Oktober über Rom flog und Hunderttausende von Flugblättern abwarf?

Diese Frage wird nicht nur im Ausland gestellt, sondern auch unseren Informationen auch selbst in Italien. Man flüstert dort, Lauro de Bossis sei über dem Meere — vielleicht schon über französischen Höhenflugern —

von einem oder zwei Jagdfliegern gefoht

worden, die zu seiner Verfolgung vom Flugplatz Ciampino bei Rom gestartet waren. Diese Jagdflugzeuge waren mit Maschinengewehren bewaffnet. Seit Monaten bereits hatten sie Befehl, sich Tag und Nacht bereitzuhalten, um ohne Gnade jeden Flieger niederzukämpfen, der den Himmel Roms mit politischer Propaganda zu verleben wage.

Seit dem 3. Oktober, 9 Uhr abends, ist das Flugzeug de Bossis verschwunden. Falsch, oder in allen Teilen von den Beamten der faschistischen Propaganda hergerichtete Meldungen wollten an eine Landung de Bossis nahe der Küste Korsikas oder in Südflamien glauben machen.

Man versichert uns jetzt, daß diese Nachrichten fälschlich einen einzigen Zweck haben: Die Wirklichkeit zu verbergen vor der ganzen Welt, die sich so tief erschüttert zeigte durch die Kühnheit des jungen Dichters und durch den bewundernswürdigen menschlichen Charakter, den das von ihm hinterlassene Testament enthielt. Die Wirklichkeit der

Er mordung eines Fliegers ohne Waffen.

der ein Verbrechen beging, das kein Gesetz bestraft, nämlich das der politischen Propaganda, entsetzt sogar den Faschismus.

Seit fast vier Wochen ist de Bossis still. Hätte er sich auf die eine oder andere Art retten können, dann hätten seine Freunde in Italien oder im Ausland irgend etwas erfahren. Sie wären so überzeugt von seinem Tode, daß sie mit der Veröffentlichung des Testaments nicht zögerten, daß er ihnen übergeben hatte „zur Veröffentlichung nach seinem Tode“.

Es ist sonderbar, daß auch nicht die geringste Spur im Mitteländischen Meere gefunden sein soll. Wäre de Bossis nahe der korsischen oder sardinischen Küste untergegangen, dann wären bis heute Trümmer seines Flugzeuges gefunden worden. In Italien weiß man das alles, man weiß auch, daß die faschistische Regierung keinerlei Information über den Flug de Bossis von der französischen Regierung erbeten hat.

Das Schweigen der Tatsachen und das Schweigen der römischen Regierung haben in Verbindung miteinander in Italien zu folgender Erklärung geführt: De Bossis sei von einem oder zwei Militärflugzeugen getötet worden, die ihn verfolgt hatten. Die Maschinengewehrschützen der Flugzeuge mußten befehlsgemäß schweigen.

Trümmer des Flugzeuges mit deutschen Maschinengewehrschützen

seien an der italienischen Küste gefunden aber auf höchsten Befehl heimlich nach Rom geschafft worden. Trotz des Wunsches Bossis, zu zeigen, daß „seine Fliegerei“ sich zu rächen, und den, der sie in einigen hundert Metern Höhe über dem Palazzo Chigi verhöhte, zu strafen wußte, habe die Furcht, im In- und Ausland einen zweiten Fall Matteotti zu schaffen, dem Faschismus diese Tat des Schweigens raffam erscheinen lassen.

Die Wahl in Jugoslawien

Der parlamentarische Nummenschanz der Diktatur

Von Hermann Wendel

„Die Nationalversammlung besteht aus Abgeordneten, die aus freier Wahl des Volkes durch allgemeine, gleiche und direkte Abstimmung hervorgehen.“

Artikel 54 der jugoslawischen Verfassung.

Wahlausfall in Jugoslawien? Aber die Wahlen zur Nationalversammlung oder Narodna Skupstina finden doch erst am 8. November statt! Ganz gewiß, nur tut das nichts zur Sache, ihr Ausgang steht schon heute fest. Und nichts sagt über Wahlrecht und Wahlfreiheit in diesem Lande mehr aus, als daß man sich, ohne ein Prophet zu sein und ohne eine Widerlegung durch die Ereignisse befürchten zu müssen, über die Abstimmung des Volkes verbreiten kann, lange ehe der erste Wähler sich auf den Weg zum Wahllokal gemacht hat. Das Wahlergebnis? Hier ist's! Gewählt sind alle Kandidaten der Regierung, sonst niemand!

Als Anfang September ein Aufruf König Alexanders den Abbau der Diktatur ankündigte, die seit dem 6. Januar 1929 wie ein Sargdeckel auf Jugoslawien lastete, war die Meinung nicht ganz ungerechtfertigt, daß unter dem Druck der Wirtschaftskrise und auf den Rat befreundeter europäischer Demokratien die Belgrader Mächthaber wirklich einen Schritt in der Richtung des Konstitutionalismus getan hätten. Aber da die Einzelheiten der geplanten Neuordnung durchdrangen, wurde das Rüpelpiel offenbar, das hier mit einem im tiefsten Grunde echt demokratischen Volke getrieben werden sollte. Ja, fast war das Neue schlimmer als das Alte. Denn eine unzweideutige, faustheftige, rohe Diktatur — da weiß alle Welt, woran man ist. Aber das neue Regime zog lediglich über die brutalen Reiterstiefel des Kavalleriegenerals Schiwkowitz bürgerliche Filzpariser, läuschte Verfassungsmäßigkeit vor und blieb doch Willkür, sah wie Parlamentarismus aus und war doch Diktatur.

Zwei Bestimmungen der Wahlordnung vor allem vernichteten auch die bescheidensten Hoffnungen, die etwa Freunde der Demokratie an die Wandlung in Belgrad geknüpft hatten. Einmal die Einschränkung, daß den Wählern nur Staatslisten, Listen für den ganzen Staat, unterbreitet werden, für die die aufstellende Partei in jedem einzelnen Kreis zweihundertsechzig Unterschriften aufzubringen hat. Da die Slowenische Volkspartei, die das Katholische, die Kroatische Bauernpartei, die das Kroatische, die Bosnische Moslempartei, die das Mohammedanische in ihrem Programm und in ihrer Zusammensetzung betonte, die eine in rein orthodoxen, die zweite in rein serbischen, die dritte in rein christlichen Bezirken zur Verbringung dieser Unterschriften außerstande ist, vermag keine dieser Gruppen zu kandidieren. Das gleiche gilt für andere nicht regional oder konfessionell begrenzte Parteien wie die Sozialdemokratie, für die in den entlegenen Teilen Mazedoniens niemand aus Angst vor dem Gendarmen seine Unterschrift herzugeben wagte. In der Tat war innerhalb der dafür vorgesehenen Frist nur eine, die offizielle Liste, die der Regierung eingereicht und genehmigt worden, an deren Spitze Pera Schiwkowitz selber steht. Glorreiche Zeiten, in denen den „Volkswillen“ ein Diktator „vertritt“!

Die zweite Bestimmung, die den 8. November zum Tag einer schalen und frechen Possen herabwürdigt, ist die öffentliche Wahl. War schon vor der Diktatur bei der geheimen Abstimmung Wahlfreiheit hier und da ein sehr faustschufartiger Begriff, so macht die Öffentlichkeit des Votums die Wahl namentlich auf dem flachen Lande völlig von der Laune des Gendarmen abhängig. Hat Jugoslawien noch nie Balkanwahlen gekannt, diesmal gibt es Balkanwahlen. Aber nicht nur, daß die Öffentlichkeit eingeschüchterte Wähler abhält, für die Opposition zu stimmen, sie zwingt auch alle Wähler, die gegen einen Druck von oben empfindlich sind, die von den Behörden gezwiebelt werden können, ins Wahllokal, ob sie wollen oder nicht. Da primitiv vervielfältigte Flugblätter heimlich von Hand zu Hand gehen, in denen die früheren Oppositionsparteien, namentlich die Bäuerlich-Demokratische Koalition Prohibit-

Ein Hungerschiedspruch.

Wo ist endlich die Grenze?

Leipzig, 6. November. (Eigenbericht.)

Für die weitestgehende Textilindustrie mit ihren 200 000 elend bezahlten Arbeitern und Arbeiterinnen fällt der Schlichter für Mitteldeutschland nach zweitägiger Verhandlung einen Schiedspruch, der einen weiteren Lohnabbau von 5 Proz. vorsieht. Alle bisher in der Textilindustrie gefällten Schiedsprüche hatten angeichts der Hungerlöhne, die jetzt gezahlt werden, den alten Tarifzustand verlängert. Der Schlichter Hanschild ist dagegen wohl der Überzeugung, daß Direktorengehälter in der Textilindustrie von 90 000 M. und mehr ganz in der Ordnung sind, aber Stundenlöhne der Textilarbeiter von weniger als 50 Pf. noch heruntergesetzt werden müssen. Wo ist endlich die Grenze des Lohnabbaus?

Schlange: Schönungen Reichsminister.

Zugleich Reichskommissar für die Osthilfe.

Der Reichspräsident hat den Reichsminister Trevisanus und den preussischen Staatsminister Dr. h. c. Hirtzfelder ihrem Antrage entsprechend von den Ämtern als Reichskommissare für die Osthilfe entbunden. Auf Vorschlag des Herrn Reichszanzlers hat der Reichspräsident das Mitglied des Reichstages, Rittergutsbesitzer Schlange, zum Reichskommissar für die Osthilfe und zugleich zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich ernannt.

Preußen und die Osthilfe.

Im Hauptausschuß des Preussischen Landtages am Freitag ländigte bei der Beratung einer kommunistischen Großen Anfrage über zu hohe Zinsforderungen bei der Verteilung von Reichs- und Staatsgeldern zur Entschuldung der Landwirtschaft in Ostpreußen ein Vertreter des Landwirtschaftsministeriums eine umfangreiche Denkschrift an, die demnächst dem Landtag zugehen und über alle Fragen der Osthilfe Aufschluß geben

merde. Die Beratung der Anfrage wurde vertagt, da man die angekündigte Denkschrift abwarten will.

Der Stand der Sozialgesetzgebung.

Der sozialpolitische Ausschuss erwartet Regierungsbericht.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags hielt am Freitag eine Sitzung ab, in der Resolutionen beraten wurden. Am Schluß der Sitzung richtete Abg. Schwarzer (Bayr. Vp.) an den Vorsitzenden die Frage, ob er nicht beabsichtige, in Verbindung mit dem Ausschuss einzuberufen zum Zwecke der Beratung über den gegenwärtigen Stand der Sozialgesetzgebung. Der Redner verwies auf die Gerüchte über beabsichtigte große Reformen in der Sozialversicherung, die in den beteiligten Kreisen Beunruhigung hervorgerufen hätten und hielt es für notwendig, daß der Ausschuss über diese Fragen unterrichtet werde. Er beantragte, daß der Vorsitzende des Ausschusses mit dem Reichsarbeitsminister in Verbindung treten soll, um ihn zu ersuchen, baldigt dem Sozialpolitischen Ausschuss einen Bericht über den Stand der Sozialversicherung zu geben. Unter Abschneidung eines weitergehenden Antrages der Kommunisten, schon in der nächsten Woche wieder zusammenzutreten, nahm der Ausschuss den Antrag des Abg. Schwarzer an und beschloß, seine nächste Sitzung am 26. November abzuhalten mit der Tagesordnung: Entgegennahme eines Berichts der Reichsregierung über den Stand der Sozialversicherung.

Hoersch wieder bei Laval.

Noch keine deutschen Vorschläge.

Paris, 6. November. (Eigenbericht.)

Der deutsche Botschafter von Hoersch hatte heute nachmittag eine neue Besprechung mit Laval und im Anschluß daran auf Veranlassung des Ministerpräsidenten eine längere Unterredung mit dem Finanzminister Flandin. Diese Besprechungen bildeten die Fortsetzung der am Dienstag begonnenen Verhandlungen über die Reparationsfrage. Irgendwelche konkrete Vorschläge der Reichsregierung hatte der Botschafter auch heute noch nicht der französischen Regierung übermittelt.

Revolutionstfeier

Montag, 9. November, 20 Uhr,
Sportpalast, Potsdamer Str. 72

Schemitsch und Matscheks, zur Wahlenthaltung aufzuredern, drohen die Wahlmacher der Regierung in Versammlungen ganz ungeschickt: Welche dem, der zu Hause bleibt! Nichts falscher darum, als jene, die am 8. November abstimmten, mit den Anhängern des Regimes Schiwkowitz gleichzusetzen oder zu glauben, sie hätten sich durch die Lösung: Die Wahl ist ein Plebiszit für den Bestand Jugoslawiens! bewegen lassen.

Freilich fehlt es nicht an Heberläufern aus den früheren Parteien, die jetzt mit den Gewalthabern des Augenblicks durch Dick und Dünn gehen. Juraj Demetrowitsch etwa, einst ein bewährter Führer der kroatischen Sozialdemokratie, dann nicht zu Kompromissen geneigter bürgerlicher Demokrat, danach Minister der Diktatur, kandidiert heute auf der Regierungsliste und orakelt, besserer Vergangenheit uneingedenk: „Die Verfassung vom 3. September gewährt als Rahmengesetz außer der gesicherten Stetigkeit der Staatseinrichtung eines einheitlichen Jugoslawien genug Möglichkeiten für die Entwicklung unseres Volkslebens ohne zukünftige Erschütterungen, und gerade darin liegt Sinn und Aufgabe unserer geschichtlichen Ära“. In Wahrheit wird sich alles, was in Jugoslawien zukunftsträchtig und entwicklungsfähig ist, außerhalb dieses Scheinparlaments abspielen, denn die Ramlukentammer Napoleons III. und die Duma Nikolas II. wird ein Spiegelbild des Volkswillens und wie eine Gaststätte der politischen Meinungsfreiheit wirken neben der Gendarmen-Škupština Schiwkowitzs, die in Europa überhaupt kein Gegenstück, außer in Italien hat. Allerdings wird das Belgrader Parlament auch ein Duzend deutscher Abgeordneter aus dem Banat und der Banatska beherbergen, aber auch sie, als grundsätzlich loyale Untertanen auf der Regierungsliste gewählt, öffnen den Mund nur dann zu einem Nein, wenn es dem Herrn Minister genehm ist.

Während in dem größten Teil der Tageszeitungen über die Wahlen in England weit mehr zu lesen steht als über die im eigenen Lande, da auch die Wahlbewegung weder Preß- noch Versammlungsfreiheit kennt, sucht die willfährige Presse des Regimes ihren Lesern beizubringen, daß fast „überall“ — siehe Italien, siehe Deutschland! — Parteien und Parlamentarismus im alten Sinn abgewirtschaftet hätten. Sie vergißt nur: Frankreich! In Frankreich steht, fast seit der großen Revolution überfesselt, Parlamentarismus nach wie vor in Blüte, und an der französischen Republik müßte sich Jugoslawien um so eher ein Beispiel nehmen, als es nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich an Paris gebunden ist; eben erst wieder kam das jugoslawische Budget durch 300 Millionen in Frankreich gepumpter Dinars ins Gleichgewicht. Aber damit Jugoslawien dem französischen Konstitutionalismus und Parlamentarismus nachzusehen, bedürfte es eines ermunternden Winks mit dem Zaunpfahl aus Paris, und der bleibt aus, weil man anscheinend am Quai d'Orsay fälschlich glaubt, daß die nicht nur für Frankreich, sondern für ganz Europa wichtige jugoslawische Staatseinheit mit der offenen oder verlarvten Belgrader Diktatur stehe oder falle.

Vor der Geschichte trägt darum die französische Regierung ein gerüttelt Maß Verantwortung für die grausame Komödie, die, mit dem Volkswillen Schindluder treibend, vor dem 8. November, am 8. November, nach dem 8. November, in Jugoslawien aufgeführt wird.

Francquis Konvertierungsplan.

Schaffung eines internationalen Kreditinstituts.

Paris, 6. November. (Eigenbericht.)

Der belgische Finanzmann Francqui, der am Donnerstag aus Amerika zurückgekehrt ist, stattete am Freitag in Begleitung des hiesigen belgischen Botschafters dem Ministerpräsidenten D'Orlay einen Besuch ab, in dessen Verlauf er D'Orlay seinen Plan betreffend Schaffung eines internationalen Kreditinstituts zur Umwandlung der Deutschland gewährten kurzfristigen Kredite in mittelfristige im einzelnen auseinandersetzte. Francqui ist der Ansicht, daß die ausländischen Banken im Februar eine Verlängerung der Kredite nicht bewilligen werden, was nicht nur zum finanziellen Zusammenbruch Deutschlands, sondern auch der anderen Länder führen würde. Die Entscheidung über die Haltung Frankreichs zu dem Plan Francquis soll nach dem „Antransigeant“ im nächsten Ministerrat getroffen werden.

Günstiger Eindruck der Kanzlerrede.

Paris, 6. November. (Eigenbericht.)

Die Rede des Reichskanzlers vor dem Vortragsrat des Zentrums hat auf die französische öffentliche Meinung einschließlich einiger Rechtsblätter durch ihre Offenheit einen günstigen Eindruck gemacht.

Der „Temps“ schreibt, die Rede Brüning's sei für die Entwidlung der politischen Situation in Deutschland von großer Bedeutung. Der Reichskanzler habe deutlich gegen die Möglichkeit eines Eintritts der Nationalsozialisten in die Regierung reagiert, indem er mit Nachdruck darauf hingewiesen habe, daß die Rechtsopposition sich während der Finanzkrise nicht gezeigt habe, durch eine jeder Verantwortung bare Heftkampagne das Vertrauen zu erschüttern. Das sei nicht die Sprache eines Mannes, der bereit ist, mit seinen Gegnern ein Bündnis zu schließen. Nicht weniger scharf habe der Reichskanzler gegen die Volkspartei Stellung genommen. Diese Tatsachen würden wenigstens einige Klarheit in die innenpolitische Lage Deutschlands bringen, die durch die Agitation der Nazis und der Volkspartei in den letzten Wochen stark kompliziert worden sei. Der Reichskanzler sehe es als seine Aufgabe an, das Vertrauen wiederherzustellen und er sei davon überzeugt, daß eine ständige Agitation nicht zu diesem Ergebnis in einem Augenblick führen kann, in dem große internationale Verhandlungen im Gange seien. Das sei die Sprache eines Staatsmannes, der sich seiner Verantwortung bewußt ist und der einer unter allen Gesichtspunkten fürhahbaren Lage die Stirn zu bieten habe.

Zehn Stutz für Körperverletzung. Vor dem „Bürgergericht“ in Regensburg wurde in der Berufungsinstanz gegen den Vorsitzenden der Ortsgruppe Amiesin des Aufständischenverbandes wegen schwerer Körperverletzung verhandelt. Der Angeklagte hatte während des Wahlschlusses einer deutschen Zeitungsdarstellerin mehrere Pakete Zeitungen entziffen und die Frau so schwer mißhandelt, daß sie längere Zeit in ärztlicher Behandlung bleiben mußte. Für diese Tat erhielt der Aufständische nur eine Geldstrafe von zehn Stutz.

Brotpreiserhöhung vertagt.

Auf acht Tage. — Die Bäcker warten inzwischen auf Schieles Maßnahmen.

Die Organisation der Berliner Bäckermeister hat gestern beschlossen, am kommenden Montag die beabsichtigte Brotpreiserhöhung noch nicht eintreten zu lassen. Sie wird aber nur auf acht Tage hinausgeschoben. Der Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlins erklärt dazu, daß er in der Zwischenzeit die dringende Einwirkung der verantwortlichen Stellen auf dem Getreide- und Mehlmarkt erwartet.

Erklärungen des Ernährungsministeriums.

Auf Verlangen der Sozialdemokratie wurde gestern im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags die Brotpreiserhöhung vor Diskussion gestellt. Der Vertreter des Reichsernährungsministeriums war gezwungen, zuzugeben, daß die Vorschrift des Gesetzes vom 28. März 1931 nicht erfüllt ist, wonach die Reichsregierung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einer Erhöhung des Brotpreises über den Durchschnittspreis von Oktober 1930 bis März 1931 vorzubeugen hat. Die vom Reichsernährungsministerium dabei verwandte Statistik ist sehr unzulänglich. Darauf haben wir schon früher hingewiesen. Dennoch mußte der Vertreter des Reichsernährungsministeriums feststellen, daß der Reichsdurchschnitt im Oktober 1930 je Kilo Brot 88,7 Pf. betrug, während er nach den Vorschriften des Gesetzes nur 37,9 Pf. betragen dürfte. Die Nichterfüllung gesetzlicher Vorschriften ist also durch einen Vertreter der Regierung selbst erhärtet worden. Den Eindruck einer so peinlichen

Tatsache verjuchte der Vertreter des Reichsernährungsministeriums durch den Hinweis auf andere Bestandteile des damaligen Gesetzes, die nicht in zwingendem Zusammenhang mit der Brotpreiserhöhung stehen, zu verwischen. Dabei wies er auf die immer noch bestehende Preisdifferenz zwischen den Agrarprodukten und den für die Landwirtschaft notwendigen Produktionsmitteln hin, ohne zu berücksichtigen, daß der lebenswichtige Bedarf für die Landwirtschaft seit Jahresfrist im Preise sehr beträchtlich gesunken ist. Er brachte es fertig, den indermähig viel höher liegenden tatsächlichen Betriebsaufwand für landwirtschaftliche Produktionsmittel im ganzen Jahr 1931 den Agrarindex der vergangenen beiden Monate gegenüberzustellen. Mit einer solchen Argumentation konnte er natürlich um die selbst festgestellte Tatsache der Brotpreiserhöhung nicht herum. Er erklärte deshalb für die Reichsregierung, daß sie alle Bemühungen darauf richten werde, daß der im Gesetz vorgeschriebene Brotdurchschnittspreis erreicht wird. Das gelte insbesondere von den Maßnahmen zur Brotverbilligung für die Erwerbslosen und für die Einwirkung auf die Bäcker, bei denen die Brotverdienstsparne auch durch eine zu erwägende teilweise Lockerung des Nachtbrotverbotes für Großbetriebe gesenkt werden könne. Wenn dies nicht genüge, seien weitere Maßnahmen vorgesehen, über die noch keine Mitteilungen gemacht werden können.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Baade verwies auf die Notwendigkeit, daß neben der Beendigung der Bäckersparne ausländisches Getreide eingeführt werden müsse.

Schwere Mandchureigefechte.

Japaner rücken zur Sowjeteinflusssphäre weiter vor.

Genf, 6. November. (Eigenbericht.)

China richtet einen Hilferuf nach dem anderen an den Völkerbund, um Intervention bei der japanischen Regierung wegen des weiteren Vordringens der japanischen Truppen in der Mandchurei. Japan antwortet mit trockenen Bestätigungen voller Entschuldigungen mit angeblichen Kämpfen gegen Räuber, die sofort von den schwersten Kriegshandlungen überholt werden.

Faßt man die letzten chinesischen Notizen zusammen, so ergibt sich daraus das folgende Bild. Die Brücke über den Fluß Konni, der die nord-mandschurische Provinz Halunkiang vom erweiterten japanischen Interessengebiet trennt, ist im Kampfe des Gouverneurs von Halunkiang Ma gegen irreguläre Banden des Generals Tschanghaipeng gesprengt worden. Die Japaner verlangten ihre Reparatur und die Zurückziehung beider kämpfenden Parteien auf 10 Kilometer Distanz von der Brücke. General Ma zog seine Truppen nach Norden zurück und sagte die Reparatur zu. Angeblich dauerte sie den Japanern zu lange. In Wirklichkeit wollten sie den Vormarsch der unter ihrem Schutz stehenden irregulären Kräfte ermöglichen. Sie überschritten den Fluß und griffen zusammen mit Tschang die chinesischen Truppen mehrfach an. Besonders durch Artillerie und Flieger der Japaner hielten die Chinesen Hunderte von Toten. Auch die Japaner hatten Verluste, da sich die Chinesen zur Wehr setzen mußten. Der japanische Major Hayashi erklärte offen, Japan werde die politische Situation in Halunkiang gewaltsam ändern, ohne Rücksicht auf die Natsenschiebung. Die Lage ist sehr gefährlich. Nördlich von Konni wagt über Tuang-Hiao die japanische Flagg. Andauernd rollen Verstärkungen in Panzer-

zügen mit viel Material nach dem Norden. Mit allen Mitteln suchen die Japaner die chinesischen Truppen zu provozieren. Selbst durch Angriffe japanischer Truppen, die in die Uniformen chinesischer Kufürzier gekleidet sind. Jeder geringste Zwischenfall muß das Vordringen der Japaner über die unter russischer Verwaltung stehende ostchinesische Bahn bringen. Nur noch 70 Kilometer stehen die japanischen Truppen von Tsitsihar, der Hauptstadt der Provinz Halunkiang entfernt, die in 630 Kilometer Luftlinie nördlich von Mukden und 400 Kilometer nordwestlich der Endstation der süd-mandschurischen Bahn liegt.

Moskaus Ansicht.

Moskau, 6. November.

Die Sowjetblätter veröffentlichen Meldungen der Telegraphen-Agentur der Sowjetunion aus Mukden, Tokio und Schanghai, aus denen sie den Schluß ziehen, daß die Japaner die Okkupationszone in der Mandchurei immer mehr erweitern und immer weiter nach Norden vorziehen. Auf eine Zurückziehung, wenn auch nur eines kleinen Teils, der japanischen Truppen könne man in Genf nur hoffen, weil man der wiesischen Lage gegenüber die Augen schließen würde. Tatsächlich würden die japanischen Truppen verstärke. In den nächsten Tagen begibt sich wiederum ein Eisenbahnregiment in die Mandchurei. Was die Flottenoperationen betrifft, so befinden sich bereits 20 japanische Kriegsschiffe in chinesischen Gewässern. In den Kreisen der in Mukden lebenden Ausländer sei man überzeugt, daß die Japaner alles tun, um die Chinesen zu Angriffs- und Attentaten herauszufordern, weil Japan neue Konflikte brauche, um das Verbleiben seiner Truppen in der Mandchurei zu rechtfertigen.

Rückzug der Radaustudenten.

Keine Demonstrationen mehr. — Jetzt fordern sie Rücktritt des Rektors.

Halle, 6. November. (Eigenbericht.)

Im halleischen Universitätskonflikt ist am Freitagabend die Entscheidung gefallen. Es gab zwei Möglichkeiten: entweder Nachgeben der rebellierenden Studentenschaft oder Fortdauer des Kampfes in verschärfter Form bis zur Schließung der Hochschule.

Für fünf Uhr nachmittags war eine Aussprache zwischen Professor Dehn und Vertretern der Krawall-Studenten angesetzt. Im Anschluß an diese persönliche Führungnahme sollte eine erweiterte Sitzung von etwa 100 Studentenvertretern stattfinden, in der der Rektor der Universität, der Dekan der juristischen sowie der Dekan der theologischen Fakultät den Streitfall klären sollten. Zu dieser entscheidenden Aussprache waren die Studentenvertreter nicht wie vorgesehen erschienen. Dafür überreichten ihre Führer folgende geschwollene Erklärung:

„Der Hochschulring Deutsche Art und die Deutsche Studentenschaft haben beschlossen, die in einer Besprechung mit seiner Magnifizenz vorgesehenen Zusammenkünfte nicht zu besuchen, da die Studenten ihrerseits glauben, einen besseren Weg gefunden zu haben. Zur Beilegung des Universitätskonflikts sehen die Deutsche Studentenschaft und der Hochschulring nur einen Weg: den Rücktritt des Rektors. Da der Herr Rektor schon lange nicht mehr das Vertrauen der Studentenschaft besitzt, fordert die gesamte (?) Studentenschaft die Wahl eines neuen Rektors, der den Wünschen der Studentenschaft mehr Verständnis entgegenbringt. Nur auf dieser Basis scheint ihr die Einheit zwischen Lehrenden und Lernenden wiederhergestellt werden zu können. Weitere Demonstrationen lehnen wir grundsätzlich ab, da uns das Wohl der Universität höher steht als die Lehrtätigkeit eines in seinem Charakter und in seinen Anschauungen sehr fragwürdigen Dozenten. Den von unserer inneren Einstellung diktierten Kampf werden wir keineswegs aufgeben, sondern auf noch breiterer Basis mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln weiterführen.“

Diese Entscheidung bedeutet einen glatten Rückzug des Radaustudententums vor der Autorität der Hochschulbehörden. Inwiefern sich die „Kampfschule der NSDAP Hochschule Halle“ dieser Erklärung ihres Vg. Börner anschließen wird, muß sich in den nächsten Tagen gelegentlich der Vorlesung Dehns zeigen. Sollte dennoch der Versuch gemacht werden, die Ständekassen „auf breiterer Basis“ zu wiederholen, so darf man vom preussischen Kultusminister und der Universitätsbehörde erwarten, daß sie die nationalsozialistischen Forderungen, die sich auf unseren Hochschulen breitmachen, energischer

anfassen, als dies bisher geschehen ist. Wir haben keine Lust, weitere Unsummen auszugeben zur Züchtung von Feinden der Republik.

Professorenerklärung für Dehn.

Halle, 6. November.

Eine Erklärung, die von den Professoren der Theologie, Dr. Schmitz und Dr. Stählin, ausgegangen ist, hat die Unterschrift von weiteren 22 Ordinarien gefunden. Die Erklärung lautet: „Die unterzeichneten ordentlichen Professoren der Theologie, verschiedener theologischer und politischer Überzeugung angehörig, fühlen sich verpflichtet, öffentlich zu erklären, daß sie jeden Versuch studentischer Kreise, Dr. Günther Dehn an der akademischen Lehrtätigkeit zu hindern, auf das schärfste verurteilen.“

Die Erklärung haben u. a. unterzeichnet: Rudolf Wulfsmann, Warburg, A. Cordler-Glehen, Frid-Warburg, Heiler-Warburg, Krüger-Glehen, Riebergall-Warburg, Hans Freiherr von Soden-Warburg.

In einer besonderen Erklärung haben außerdem noch fünf Ordinarien erklärt, daß sie mit Dr. Dehn „persönlich und sachlich solidarisch“ seien. Die Namen dieser fünf sind: Karl Barth-Bonn, Karl Ludwig Schmidt-Bonn, Martin Dibelius-Heidelberg, Otto Pieper-Münster und Georg Münch-Warburg.

Salles Gegenstück in Warschau.

Warschau, 6. November.

Die jüdenfeindlichen Ausschreitungen an der Warschauer Universität haben heute sehr schwere Formen angenommen. Im Hofe der Universität kam es heute nachmittags zu blutigen Zusammenstößen zwischen christlichen und jüdischen Studenten, bei denen 13 Studenten verletzt wurden und ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Der Rektor der Universität unterbrach sämtliche Vorlesungen und drohte für den Fall einer Wiederholung der Ausschreitungen die Schließung der Universität und die Annullierung der Immatrikulation der neu aufgenommenen Studenten an, da die hauptsächlichsten an den Ausschreitungen dem ersten Universitätsjahrgang angehören. Die jüdischen Studenten haben Selbsthilfetrupps gebildet, um sich gegen die Angriffe der christlichen Studenten zu wehren. In der allgemeinen Verwirrung, die im Hofe der Universität herrschte, wurde auch die Frau des Rektors Autastawicz von einigen Studenten, die sie für eine Jüdin hielten, verprügelt.

Die Hebung der Scapa-Flot-Kriegsschiffe. Die Firma, die seit vielen Jahren damit beschäftigt ist, die Schiffe der bei Scapa Flot versenkten deutschen Kriegsflotte zu heben, stellt die Arbeiten als unrentabel ein. Insgesamt sind 32 Schiffe gehoben worden, darunter sechs von 20 000 und mehr Tonnen. Ungefähr ein Duzend Schiffe, die in einer Tiefe von etwa 40 Meter liegen, sollen nicht geborgen werden.

Strafanträge im Helldorf-Prozeß

Drei Jahre Gefängnis für Helldorf und Ernst, zweieinhalb Jahre für Brandt

Staatsanwaltschaftsrat Herz beantragte zum Schluß seines Plädoyers gegen die Angeklagten im Prozeß Brandt und Genossen folgende Strafen: gegen den Angeklagten Brandt wegen schweren Landfriedensbruchs in Lateinheit mit Aufreizung zum Klassenhaß zwei Jahre sechs Monate Gefängnis und Einziehung seines Kraftwagens; gegen Graf Helldorf und Ernst unter Freisprechung im übrigen wegen der gleichen Delikte drei Jahre Gefängnis und wegen öffentlicher Beleidigung 300 Mark Geldstrafe, ersatzweise 30 Tage Gefängnis, mit der Maßgabe, daß die Geldstrafe durch die erlassene Unterfuchungshaft als verbüßt gilt; gegen Damerow, Schulz, Hell und Hagemeister wegen einfachen Landfriedensbruchs in Lateinheit mit Aufreizung zum Klassenkampf je ein Jahr Gefängnis und Einziehung des Motorrades des Damerow, gegen Samerski wegen derselben Delikte neun Monate Gefängnis. Dem Kaufmann Friedrich Defending und dem Kaufmann Hugo Simon, die gegen Graf Helldorf und Ernst Strafanträge wegen Beleidigung angestrengt haben, wird die Publikationsbefugnis im „Berliner Tageblatt“, in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und im „Berliner Lokal-Anzeiger“ zugesprochen.

Nachdem Staatsanwaltschaftsrat Dr. Steenig die Planmäßigkeit der Aktion auf dem Kurfürstendamm nachgewiesen hatte, charakterisierte er die Art und Weise, wie diese Aktion zustande gekommen war. Es kann hier nicht von Zufälligkeiten gesprochen werden; es lag Verabredung vor, alles war bis ins einzelne vorbedacht, auf verschiedensten Wegen gelangte man unbemerkt auf den Kurfürstendamm, mischte sich unter die Passanten, halfte sich dann unter gemeinsamer Führung zusammen, um planmäßig über wehrlose Passanten herzuwachen. Kein Zufall auch, daß Mitglieder von wenigstens 13 Stürmen, daß eine so große Anzahl von Führern anwesend waren. Die Aussage des Standartenführers Knüppel darüber, wie ihn schon am Nachmittag der SA-Raum begrüßte: Stoff heute abend auf dem Kurfürstendamm, und die Befundung des Heimleiters Koomol, wie er sich gefreut habe, daß die Juden verdroschen werden würden und vieles andere beweisen, daß zu der Demonstration auf dem Kurfürstendamm weitgehende Vorbereitungen getroffen worden waren. Richtig ergebe hat dagegen die Beweisaufnahme, daß die Ausschreitungen auf dem Kurfürstendamm von der SA-Leitung veranlaßt worden seien. Es konnte auch nicht festgestellt werden, daß die SA-Leitung vor dem 12. September von etwaigen Unternehmungen am 12. September auf dem Kurfürstendamm Kenntnis gehabt habe. Als festgestellt wurde aber, daß der Standartenführer Knüppel am 12. September dem Stabführer Ernst Mitteilung davon gemacht hat, daß am Kurfürstendamm etwas geplant sei. Es ist nicht anzunehmen, daß Ernst das vergessen haben konnte, da es in seinem Aufgabekreis lag, Helldorf von der Mitteilung in Kenntnis zu setzen. Graf Helldorf mußte demgemäß spätestens um 6 Uhr von der beabsichtigten Demonstration auf dem Kurfürstendamm Kenntnis haben.

Der Tatbestand des Landfriedensbruchs ist für sämtliche Angeklagten gegeben.

Der § 125 StGB. hat zur Aufgabe, die öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ruhe zu schützen. Sein Tatbestand erfordert, daß eine öffentliche Zusammenrottung stattgefunden habe und Gewalttätigkeiten begangen worden seien. Es liegt durchaus nicht eine Billigung der Gewalttätigkeiten voraus. Es genügt, sich einer Menge anzuschließen, die Gewalttätigkeiten begehen könne.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Herz befaßt sich darauf mit den einzelnen Gruppen der Angeklagten. Zu allererst mit dem Jungstahlhelmführer Brandt. Als dieser in seinem Auto vom Hause abfuhr, mußte er, was auf dem Kurfürstendamm los ist. Er per-

dette hier zwei Stunden lang hin und her, wechselte mit den Demonstranten Juris, unterhielt sich mit den jungen Stahlhelmlern, schickte sie aber nicht nach Hause, wie es seine Pflicht gewesen wäre, sondern „amüsierte sich töstlich“ mit den anderen Autoinsassen über die Vorgänge auf dem Kurfürstendamm. Er hat somit die Gewalttätigkeiten nicht nur gebilligt, sondern sie auch zu fördern gesucht. Er hat durch den Zutritt aus seinem Auto: „Los, zur Gedächtniskirche!“ sich auch als Rädelsführer betätigt. Das gleiche gilt von Helldorf und Ernst. Als Graf Helldorf zum Afrika-Kino in der Bülowstraße im Auto vorfuhr, wählte er bereits, daß auf dem Kurfürstendamm etwas los sei. Es kommt gar nicht darauf an, ob er und Ernst selber Gewalttätigkeiten be-

Revolutions-Feier

Die Feier findet Montag, 9. November, 20 Uhr, im Sportpalast, Potsdamer Straße 72 statt mit folgendem Programm:

Die Fahnen werden hereingetragen unter den Klängen d. Liedes:

Viele sind stark! Dichtung von Grete Hartung, Musik von Kurt Manschniger, Gesungen von Chören des Arbeitersängerbundes. Das Orchester begleitet.

So pocht das Schicksal an die Pforte. Erster Satz der fünften Sinfonie von Beethoven.

Erinnerung und Mahnung. Ein Vorspruch. Dichtung von Otto Meier.

GELÖBNIS! Weckruf (Marseillaise), bearbeitet von Heinz Tiessen. Sonnensymphonie, von Mussorgski, bearbeitet von A. Gultmann. Chöre.

Vorwärts zum Kampf, Rakoczy, Marsch von Berlioz.

FESTANSPRACHE. RUDOLF WISSELL.

Signale aus der sechsten Sinfonie von Tschaiowsky.

Aufmarsch. Vier Sätze aus dem Chorwerk von Heinz Tiessen für gemischte Chöre mit Orchester. — Bergleute — Schnitter — Arbeit — Vorwärts wagen!

Wie lange noch Prolet. Ein Chorwerk für Sprechchor von Bruno Schönliak.

DIE INTERNATIONALE. Gemeinsamer Gesang.

mert haben, es genügt, daß sie mit Gewalttätigkeiten rechnen mußten. Ebenso wie Knüppel und Koomol, die in dieser Weise die Demonstrationen auf dem Kurfürstendamm einschätzten, war auch ihnen die Einstellung der SA-Leitung bekannt. Sie haben sich sagen müssen, daß es bei einer Zusammenballung der SA-Leute auf dem Kurfürstendamm zu Gewalttätigkeiten kommen müsse. Helldorf hat auch nichts unternommen, um schon am Nachmittag des 12. September die geplante Demonstration zu unterbinden. Wenn diese Unterlassung für die Feststellung seiner Rädelsführerschaft vielleicht auch nicht ausschlaggebend ist, wird diese unter allen Umständen dadurch gekennzeichnet, daß er sie durch sein Erscheinen auf dem Kurfürstendamm persönlich stärkte, daß seine SA-Leute den Eindruck haben mußten, die Gewalttaten würden von der SA-Führung gebilligt. Staatsanwaltschaftsrat Herz beschäftigte sich darauf ganz kurz mit den übrigen Angeklagten, stellte fest, daß sie wußten, was auf dem Kurfürstendamm geplant werden sollte, und sich des einfachen Landfriedensbruchs schuldig gemacht haben.

Rechtsanwalt Dr. Boh bemühte sich, den Nachweis der Unschuld des Angeklagten Brandt zu erbringen; Rechtsanwalt Dr. Triebel tat das gleiche hinsichtlich der übrigen Angeklagten: Sie seien sämtlich freizusprechen. Die Rechtsanwältin Dr. Frank II, Dr. Freilich und Dr. Saß kommen heute zu Worte. Ob noch heute das Urteil gefällt wird, erscheint fraglich.



Familie Loriot

Roman von Eise Möbus

Der alte Herr stand auf und ging im Zimmer auf und ab. Dann blieb er vor der Frau stehen. „Frau Loriot, ich muß Ihnen eine Mitteilung machen. Gestern war auch Ihr Gatte bei mir, um sich meinen Rat zu erbitten. Aber auch mit ihm bin ich zu keinem Ziel gekommen. Er ist zwar mit der Scheidung einverstanden, sobald Sie es wünschen. Aber auch er hat kein einziges abfälliges Wort gegen Sie geäußert. Im Gegenteil. Er nennt Sie die beste, rücksichtsloseste Frau und Mutter. Er behauptet, niemals im Leben sozialer Achtung vor einer Frau gehabt zu haben, wie vor Ihnen. Aber es scheint da wohl ein einziger Punkt zu sein, wo Sie beide nicht recht zusammenstimmen. Herr Loriot ist sehr heißblütig veranlagt, und Sie sind das Gegenteil. Aus dieser Verschiedenheit scheinen mir alle Konflikte Ihrer Ehe zu kommen.“

Frau Loriot sah mit geröteten Wangen vor sich hin. „Ich habe drei Kinder geboren, und so darf ich wohl sagen, daß ich meine Pflichten als Ehefrau erfüllt habe.“

„Ihre Pflichten, ja“, erwiderte der Rechtsanwalt, „für Sie sind es eben nur Pflichten gewesen — das ist der Unterschied zwischen Ihnen und Ihrem Gatten. Verzeihen Sie, daß ich dieses Thema berührt habe, ich sehe es Ihnen an, wie unangenehm es für Sie ist. Aber das ist meiner Auffassung nach der Kernpunkt, vor dem Sie nicht die Augen schließen dürfen.“

„Ich will mein Versagen in diesem Kernpunkt gern auf mich nehmen“, erwiderte Frau Loriot bitter. „Unter Liebe in der Ehe verstehe ich etwas anderes.“

„Niemand macht Ihnen einen Vorwurf daraus, verehrte Frau Loriot“, sagte der alte Herr. „Auch Ihr Gatte nicht. Gerade auf diesem Gebiet müssen wir den Schuldbegriff überhaupt ausschalten.“

„Ich verurteile meinen Mann auch keineswegs, denn ich fühle mich ebenfalls dazu nicht berechtigt. Aber meinen Kindern gegenüber habe ich die Verpflichtung, einzugreifen, Herr Rat! Wir leben nun einmal immer noch in einer fest-

gefügten Ordnung, auch auf dem Gebiet der Moral. Das Verhalten meines Mannes wirkt auf uns alle ein trübes Licht. Unmöglich kann ich es schweigend dulden. Die Kinder haben durch ihre Erziehung in Haus und Schule die Werte „Reinheit“, „Treue“, „Wahrheit“ als durchaus feststehende Werte kennen gelernt, an denen nicht gerüttelt werden darf. Wie soll das auf sie wirken, wenn wir, ihre Eltern, ihnen das Beispiel geben, daß diese Werte nur relativ sind, daß wir sie nach Belieben umstürzen können, sobald es uns paßt? Müssen die Kinder nicht den Boden unter ihren Füßen wanken fühlen, müssen sie nicht an sich und der Welt irre werden?“

Der Rechtsanwalt nickte. „Ihre Gründe sind durchaus anzuerkennen. Sie sehen die großen Gefahren, die aus solcher Ehe für Ihre Kinder erwachsen, ganz klar. Aber, liebe Frau Loriot, wenden Sie einmal den Blick von sich ab und schauen Sie hinein in die Ehen Ihrer Umgebung! Glauben Sie, daß das Ehen sind, in denen diese Werte absolute Gültigkeit haben? Ich kenne nicht eine. Sie stellen eben doch zu hohe Anforderungen — denken Sie an Lebens Brand, wer sich zu sehr an die Idee klammert, muß scheitern in der Wirklichkeit. Die Idee, der absolute Wert, kann nur Ideal, Antrieb, Ziel sein, nie Verwirklichung. Und vergessen Sie auch nicht die Werte, die Germaine und Walter ihrem Vater verdanken! Ihre Tochter hat eine außergewöhnliche Bildung erhalten, Sie geben selbst zu, daß Herr Loriot hier mehr getan hat, als er, selbst an strengstem Maßstab gemessen, verpflichtet war. Er unterstützt die Kinder, gibt ihnen geistige Anregung, läßt sie reifen. Er steht auf freundschaftlichem Fuß mit ihnen. Glauben Sie mir, das alles wiegt schwerer als die paar kleinen Seiten-sprünge, die sich jeder Künstler gestattet — und nicht nur der Künstler. Wir Männer sind allzumal Sünder!“ Er lachte.

„Ich glaube, verehrte Frau Loriot, Sie sehen aus Liebe zu Ihren Kindern und — erlauben Sie mir, das auszusprechen — aus einer uneingestandenem Eifersucht doch zu schwarz. Keine Frau und auch die beste, kann dieses Gefühl in sich zum Schweigen bringen, zumal wenn Sie den Mann liebt. Und nun hören Sie meinen Rat. Germaine macht im nächsten Jahr ihr Abitur. Schicken Sie sie dann ein oder zwei Jahre in die Heimat Ihres Mannes, wie Sie es schon lange vorhaben. Entfernen von Ihnen werden ihr die Vorgänge im Elternhaus in ganz anderem Licht erscheinen. Sie wird sich dann erst ganz darüber klar werden, wie unendlich viel sie Ihnen beiden verdankt. Ihr Junge aber — das ist

Mordkommission im Grunewald

Leiche einer unbekanntem Frau aufgefunden.

Die 2. Referatmordkommission des Berliner Polizeipräsidiums wurde gestern abend nach dem Grunewaldforst alarmiert, wo in dichtem Gestrüpp, am Rande einer Schonung die Leiche einer etwa 45 Jahre alten Frau gefunden wurde. Die Lage der Leiche und mehrere schwere Verletzungen geben dem Verdacht Nahrung, daß die Frau ermordet und dann in das Gebüsch geschleppt worden ist.

Der Fundort liegt einige hundert Meter vom Jagdschloß Grunewald und vom Restaurant Paulsborn entfernt, am südlichen Ende des Grunewaldsees. Spaziergänger entdeckten gegen 16 Uhr die Tote. Die alarmierte Polizei stellte an der Leiche schwere Verletzungen fest. Zunächst glaubte man an einen Selbstmord; die Art der Verletzungen lassen aber auch auf ein Verbrechen schließen. Beide Schenkelbeine und beide Fuß- abern wiesen schwere Wunden auf. Außerdem wurde am Halse der Frau eine lange Rißwunde, die parallel zur Halsschlagader verläuft, festgestellt. Da bei der Toten keine Papiere gefunden wurden, gehen die Ermittlungen der Polizei zunächst darauf hinaus, die Personalia der Frau zu ermitteln.

Der Bubenstreich am Märchenbrunnen.

Drei Schuljungen die Täter.

Die Demolierung des Märchenbrunnens im Friedrichshain hat eine schnelle Aufklärung gefunden. Die Täter, die mehrere Figuren sinnlos zerstört haben, sind jetzt als drei Schuljungen im Alter von etwa 9 Jahren ermittelt worden, die die 161. Gemeindeschule in der Georgenkirchstraße besuchen.

Die schnelle Aufklärung ist darauf zurückzuführen, daß ein anderer Schulkamerad von der Tat der Drei gewußt und am gestrigen Freitagvormittag dem Klassenlehrer davon Mitteilung gemacht hat. Der Lehrer nahm die drei Schüler sofort in ein eindringliches Verhör, in dessen Verlauf sie gestanden, daß sie am Dienstag um 6 Uhr, als der Friedrichshain für den Publikumsbesuch geschlossen war, über einen Zaun in die Anlagen geklettert seien und mit Stöcken aus Rutenkissen die Figuren beschädigt hätten. Der Lehrer machte dann sofort der zuständigen Kreispolizei von dem Geständnis der drei Hebeltäter Mitteilung. Die drei Jungen werden der weiblichen Kriminalpolizei zum Zwecke der weiteren Ermittlungen zugeführt werden. Die Annahme, daß es sich um einen Kadehaft von Glückspielern handele, gegen die in der letzten Zeit fast täglich Razzien unternommen worden sind, hat sich also nicht bestätigt.

Schließung eines SA-Heimes.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6. Oktober 1931 ist das Sektions(SA)-Heim der Sektion Berlin-Reinickendorf-West, Sturm 42, auf dem Grundstück Berlin-Reinickendorf-West, Scharnweberstr. 101-104, geschlossen worden. Ausgenommen von der Schließung ist das Sektionsbüro und die zum SA-Heim gehörige Küche.

Telephonräuber gefaßt.

Die Fernsprechkabine am Küstriner Platz wurde in den letzten vier Wochen ständig von einem Automatenräuber heimlich betastet. Gestern abend ereilte den Dieb unerwartet sein Geschick; er hatte wieder den Automaten erbrochen und war gerade beim Verstauben des Geldes — rund 30 RM —, als Polizeibeamte hinzueilten und den Täter festnahmen. Es handelt sich um einen 23jährigen wohnungslosen Heinrich G. Die Post hatte in aller Stille eine Alarmleitung von dem Kiosk zum nächsten Polizeibüro legen lassen.

so ein lustiger, frischer Bengel geworden, noch gestern trau ich ihn, wie er mit Fröschen und Molchen beladen an meinem Fenster vorbeitrabte — der macht sich zur Zeit noch keine Kopfschmerzen über das Eheproblem seiner Eltern! Ich habe Ihren Gatten auf morgen nochmals hergeben, ich bitte Sie, ebenfalls zugegen zu sein, dann wollen wir in Güte alles besprechen. Ich werde dann auch gerade auf Ihren Haupteinwand, nämlich die feilische Schädigung Ihrer Kinder, großen Nachdruck legen — ich weiß, Herr Loriot wird daran nicht leichtsinnig vorbeigehen. Und dann versuchen Sie es noch einmal! Reiben Sie Ihre Familie nicht auseinander. Ich habe schon manche Ehescheidung durchgeführt — aber immer habe ich die Kinder bedauert, viel mehr als die zwei Erwachsenen. Wie oft ist in den Kindern etwas totgeschlagen worden, das nie mehr zum Leben erwacht!“

Vorschend sah der Rechtsanwalt zu seiner Klientin hinüber, die blaß und mit zusammengepreßten Lippen vor sich niedersah.

Endlich stand Frau Loriot langsam auf. „Verschieben Sie die Aussprache um einen Tag“ sagte sie endlich. „Ich werde mir dann in aller Ruhe noch einmal alles überlegen. Morgen abend, spätestens übermorgen früh werde ich Sie anrufen und Ihnen meine Antwort sagen.“

13.

Ueber den blauen Fluten des Genfer Sees liegt leuchtender Sonnenschein. Dem wolkenlosen Himmel und der schimmernden Wasseroberfläche, die am Horizont in eine einzige Ebene zusammenfließen, entströmt ein Meer von Licht. Es hüllt das alte Genf in seine Strahlen ein, es gibt den grünen Parkflächen, den Landhäusern und Villen, den Mietkasernen und Baracken, den eleganten Strandcafés und den prunkenden Hotels, aber auch der alten Kathedrale und den winkligen Gassen Leuchtkraft und Festlichkeit.

Das ist einer jener unvergleichlichen Tage, wie sie nur der Süden kennt. Ueber allem liegt ein berausender Duft von Jugend, von Lebensfreude. Man atmet ihn ein mit der milden, köstlichen Luft. Die breiten Verkehrsstraßen, die Boulevards, die gepflegten Restaurationsräume der großen, internationalen Luxushotels, die Cafés, die Landungsstege — alles ist überfüllt von einer Menge lachender, festlich gestimmter Menschen. Freilich hängen die mouettes, die Möwen, tierliche, kleine Verkehrsboote, dahin, kreuzen geschickt zwischen Segelbooten und Dampfschiffen hindurch. (Fortsetzung folgt.)

Lübecker Sektionsbefunde.

Wichtiges Gutachten im Calmette-Prozess.

Lübeck, 6. November. (Eigenbericht.)

In der Freilassung erhaltene Professor Schürmann sein Gutachten über die Sektionsbefunde der von ihm in Lübeck sezienten Säuglinge. Nach Professor Schürmann ist in fast allen Fällen ein sicherer Beweis des direkten Zusammenhangs zwischen der Impfung und dem Tode erbracht. Als einer der Sachverständigen bemängelte, daß bei einigen Kindern der ursächliche Zusammenhang zwischen Impfung und Tod nicht mit hundertprozentiger Gewißheit erwiesen sei, erwiderte Professor Schürmann: „Wenn wir uns hier auf den Standpunkt stellen, daß nur das als bewiesen gelten soll, was mit hundertprozentiger Sicherheit bewiesen ist, dann gibt es in der Medizin wohl kaum einen schlüssigen Beweis, ja, dann müßte heute noch die Calmette-Fütterung in Lübeck weitergeführt werden. Dann ist durch keine Sektion hundertprozentig bewiesen, daß die Tuberkulose auf den in Lübeck verausgabten Impfstoff zurückzuführen ist.“

Größte Erregung herrscht in der Lübecker Bevölkerung über ein äußerst geschmackloses „Gedicht“, das Rechtsanwalt Thiele-Begin in das Gästebuch der „Hansa-Kogge“ geschrieben hat. Das Poem lautet:

Der Phosphor Altstaedt sagt: wie Honig und Zuckerwasser, Quatsch, so schmeckt Calmette, Komm hier her, laß Schnaps um die Wette, Hör auf mit Verhören an Menschen und Tieren, geh zur Kogge, laß an, den Schnaps zu probieren und laß das dauernde „Mittel“-Probieren. Denn häßlich Du gekannt die Wirkung des Schnaps und des Röhens, dann wären die 76 Kinder noch am Leben!

Rechtsanwalt Dr. Thiele und Frau Annemarie aus Berlin, zur Zeit Lübeck.

Herr Thiele hat sich durch diese mit keinem Umständen entschuldige bare Entgegnung selbst gezeigelt. Im übrigen schmeißt gegen ihn wegen Schwermüdigkeit anderer Dinge sowie ein Verfahren vor der Berliner Anwaltskammer.

Ein Raubüberfall aufgeklärt.

Grünwollener Schal als Verräter.

In der Nacht zum 21. Juli dieses Jahres wurde wie criniglich in der Hermannstraße 44 in Reudölln auf die 65 Jahre alte Witwe und Hausbesitzerin Therese Felste ein ungewöhnlich roher Raubüberfall verübt. Mit stumpfen Werkzeugen schlugen die Räuber die betagte Frau nieder und raubten aus der Wohnung 600 Mark bares Geld. Durch langwierige kriminalistische Arbeit ist es Kriminalkommissar Nebe und den Beamten des Raubdezernats jetzt gelungen, den Raubüberfall aufzuklären und die vier Täter, die anfänglich leugneten, zu einem unmissenden Geständnis zu bringen. Die Täter, fast alles schwerbestrafte Leute, heißen Albert Kaitenbach, Erwin Knispel, Richard Felig und Alfred Franke. Durch diese Ermittlung ist der Schwiegerfaher der Raubüberfallenen, Westermann, den die alte Frau zunächst als beteiligt bezichtigt hatte, vollständig rehabilitiert. Diese Beschuldigung fand jetzt auch eine Erklärung: Kaitenbach steht dem Schwiegeronkel Westermann auffallend ähnlich. Kaitenbach kannte die finanziellen Verhältnisse der alten Frau und machte Knispel in den Einbruchplan ein. Gemeinsam landeten sie die Lage der Wohnung aus und rechneten damit, daß ihnen einige tausend Mark in die Hände fallen würden. Der Einbruch gelang zunächst. Als die vier dabei waren, das Wohnzimmer zu durchwühlen, kam die alte Frau, die die Geräusche gehört hatte, ins Zimmer und lief den Räubern gerade in die Arme. Man steckte ihr einen Knebel in den Hals, ließ die bewußlos gewordene Frau liegen, wühlte weiter und fand im ganzen 600 Mark. Ein grünwollener Schal, den Kaitenbach hatte liegen lassen, wurde ihnen zum Verhängnis. Nach und nach wurden alle Beteiligten aufgepäpelt und festgenommen.

Voruntersuchung gegen Mörder Reins abgeschlossen

Die Voruntersuchung gegen den 23jährigen Maurer Ernst Reins und dessen Mutter, sowie die beiden Schwestern wegen des Raubmordes an dem Goldbriefführer Schwann steht unmittelbar vor dem Abschluß. Medizinrat Dr. Dyrenfurth, der den Hauptangeklagten Reins auf seinen Geisteszustand untersucht hat, wird in den nächsten Tagen sein bereits fertiggestelltes Gutachten, das, wie wir hören, zu einer Absehung des § 51 kommt, dem Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Blont, einreichen. Sofort nach Eingang des Gutachtens wird der Untersuchungsrichter formell die Voruntersuchung abschließen und die Akten an die Staatsanwaltschaft II zur Erhebung der Anklage weitergeben. Die Hauptverhandlung soll noch vor Weihnachten stattfinden.

Das Generalkonsulat der polnischen Republik weist darauf hin, daß die Räume des hiesigen Amtes am 11. November infolge des 13. Jahresfestes der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens geschlossen bleiben.

Hundert Jahre Zeichenunterricht.

Im Institut für Lehrerfortbildung in der Klosterstraße 75 wurde eine von der Vereinigung für Zeichen- und Kunstunterricht im Berliner Lehrerverein veranstaltete Ausstellung eröffnet, die die Entwicklung des Zeichenunterrichts zeigt. Es ist eine ungemein interessante Ausstellung, die die tatsächliche Entwicklung dieses Faches, namentlich in den letzten Jahren, zeigt. Oberstadtschulrat Genosse Rydahl sprach einleitende Sätze und betonte, daß diese Ausstellung die erste normativbringende Tat in der Zeit des Schulabbaues sei. Wieder einmal zeige sich der hohe Idealismus des Lehrers. An einer Wand sieht man als erstes Zeichnungen, die noch nach Vorlage entstanden sind. Diese Zeit reicht von etwa 1840 bis 1880. Nachdem die Weltausstellung von London in den fünfziger Jahren und später die von Philadelphia in den sechziger Jahren gezeigt hatten, daß die deutschen Zeichnergebnisse weit hinter jenen anderer Länder zurückstanden, so daß sogar das böse Wort vom deutschen Schund geprägt werden konnte, wandten die Behörden dem Zeichenunterricht größeres Interesse zu und sprachen ihm eine größere Bedeutung innerhalb der Schule zu. Das führte zu einer Veränderung der Methoden. Alle diese Veränderungen sind an Beispielen zu erkennen. Von ganz anderen Voraussetzungen als der alte Zeichenunterricht — ornamentales und Zeichen nach Gips- und Holzmodellen — geht

Einschränkung durch Verkehrsrückgang?

Verkehrsgesellschaft auf gefährlichem Wege — Montag Entscheidung

In einer Preisconferenz über die geplanten Verkehrseinschränkungen äußerte sich gestern Bürgermeister Dr. Eljas in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Aufsichtsrates der BVG über die finanzielle Lage der Gesellschaft. Seiner Ausführungen mußte man entnehmen, daß die leitenden Männer der BVG, entschlossen sind, das Einschränkungsprogramm des Verkehrsausschusses zu verwirklichen. Wie haben dieses Programm stark angegriffen und müssen unsere Kritik in vollem Umfang aufrechterhalten. Die Verwirklichung der vom Ausschuss gemachten Vorschläge bedeutet für viele Stadtbezirke die Schaffung unhaltbarer Verkehrszustände. Wir haben nachgewiesen, daß zudem mit der Sparpolitik in erster Linie die Arbeiterbezirke begünstigt werden, während die wohlhabenden Bezirke sich starker Schonung erfreuen.

Die hauptsächlichsten Einschränkungen sollen bei der Straßenbahn durchgeführt werden und man will die Linien mit ausgesprochenem Berufsverkehr einziehen, obgleich viele der Strecken sich als durchaus rentabel erwiesen haben. Wir verteknen die schwierige finanzielle Lage der BVG, durchaus nicht. Die ungeheure Massenarbeitslosigkeit — in Berlin ist jeder vierte Einwohner unmittelbar von der Arbeitslosigkeit berührt — hat das Verkehrsbedürfnis stark herabgemindert. Die Verkehrsleistung konnte nicht im gleichen Umfang abgebaut werden. Nun glaubt man, mit einer rigorosen Verkehrsdrofflung den Weg aus dem Dilemma gefunden zu haben.

Bürgermeister Dr. Eljas erklärte, daß die Gesamteinnahmen der BVG, von 204 Millionen Mark im Jahre 1929

infolge der Tarifserhöhung von 20 auf 25 Pf. im Jahre 1930 sich auf 215 Millionen Mark erhöhten, während sie im laufenden Jahre infolge der sich immer mehr verschärfenden Wirtschaftslage so stark im Abnehmen seien, daß man für dieses Jahr mit einer Gesamteinnahme von 188 Millionen Mark rechnet. Die Tarifneuregelung vom 1. September dieses Jahres habe zwar eine Verkehrsbelebung, aber auch eine Mindereinnahme hervorgerufen. Die Tarifmaßnahmen der letzten beiden Jahre hätten zudem zu einer Erhöhung der Reiselänge je Fahrgast geführt, die bei Straßenbahn und Omnibussen zirka 20 Proz. ausmache. Verglichen mit dem September 1929 sei im September 1931 ein Verkehrsrückgang von 12 Proz. eingetreten, dem eine Einschränkung der Betriebsleistung von nur 6,4 Proz. gegenüberstehe, während dem Aufsichtsrat vorliegende Programm zur Durchführung komme, dann würde sich die Betriebsleistung auf 11,1 Proz. erhöhen.

Eljas berechnet das voraussichtliche Defizit unter Zugrundelegung des bisherigen Verkehrsrückganges von 15 Proz. auf 10,5 Millionen Mark. Er kam dann auf den kurzfristigen Kredit von 124 Millionen Mark zu sprechen, mit dem die BVG, noch immer belastet ist. Man verhandle wegen der Umwandlung des Kredites in ein langfristiges Darlehen. Die Verhandlungen seien auch aussichtsreich, aber die geplante Regelung sei nur möglich, wenn die BVG, wieder mit der Rückzahlung der geliehenen Gelder beginne. Es handelt sich bei den 124 Millionen um den Kredit, den die Danabank der BVG, gewährte und der als ein langjähriger Investierungskredit gedacht war. Dr. Eljas schloß mit einem Bekenntnis zur kommunalen Wirtschaft und betonte, daß alles getan werden müsse,

um die Verkehrsgesellschaft, die an sich kerngesund sei, der Stadt Berlin zu erhalten.

Von besonderem Interesse waren noch seine Mitteilungen, daß man sich in den leitenden Kreisen der BVG, darüber klar sei, daß der augenblickliche Tarif so nicht gehalten werden könne und daß man an einer Umbildung des gegenwärtigen Tarifsystems arbeite.

Au einzelnen ging dann Direktor Jangemeister auf die geplanten Einschränkungen ein. Er ist der optimistischen Auffassung, daß sich das Einschränkungsprogramm bei weitem nicht so katastrophal auswirken wird, als die Öffentlichkeit behauptet. Er sprach sogar davon, daß seine empfindliche Beeinträchtigung des Verkehrs einzutreten würde. Wie Herr Jangemeister zu dieser Auffassung gelangt sei, das ist uns unverständlich. In einem Schlusswort wies Bürgermeister Dr. Eljas darauf hin, daß es Berlin mit seinen Verkehrsmitteln nicht anders geht als den meisten deutschen Großstädten, wo man zum Teil den Verkehrsrückgang in viel stärkerem Maße durch Einschränkungen ausgeglichen habe. Für den Berliner Verkehr sei die Dezentralisation der Siedlungen außerordentlich leistungsfördernd, jede Wohnlinie sei wertvoll, ohne daß man sie nun deshalb einfach einziehen könne. Gewisslich war, daß Dr. Eljas die Gefahren bei der Erklärung benutzte, das Phosphor- und Zuckerwasser, das die Arbeiter der BVG, denen täglich das Leben hunderttausender von Menschen anvertraut ist, dürfte nicht weiter gefeilt werden.

Der Aufsichtsrat der BVG, der die letzte Entscheidung über das Einschränkungsprogramm zu fällen hat, tritt am Montag zusammen.

Luft-Amphibium



In den Festanlagen Steuten ist kürzlich ein neuartiges Riesensflugzeug fertiggestellt worden, das Wasser- und Landflugzeug zugleich ist. Es vermag 40 Passagiere und fünf Mann Besatzung zu tragen. Die Räder sind beim Wasserstart und bei der Wasserlandung ebenso wie in der Luft seitwärts aufklappbar. Das riesige Flugzeug beim Probeflug über den Wolkenkratzen von New York.

Sänger stehen zur Partei!

Tagung der Berliner Arbeiter-Sänger.

Bei der Konferenz der Bezirksvorstände des Bundes Berlin und Umgegend vom Deutschen Arbeiter-Sängerbund kamen vor allem die durch die Wirtschaftslage hervorgerufenen schwierigen Verhältnisse in den Vereinen und die Bestrebungen der Spalter zur Sprache.

Genosse Schneider legte in seinem Bericht dar, daß die Arbeiterchöre in der Notzeit von heute mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen haben. In einzelnen Vereinen seien 60 bis 80 Proz. der Mitglieder arbeitslos. Das würde ausgenützt zu parteipolitischen Zwecken. Erfreulich aber sei, daß die überwältigende Mehrheit der Mitglieder dieses Leidens absehne. Zu den Spaltungsbestrebungen wurde vom Vorsitzenden mitgeteilt, daß nach den Vorgängen im Rheinland und einigen anderen Orten des Reiches jetzt auch in Berlin Verpfändungsversuche eingeleitet worden seien. Durch die zu Pfingsten in Berlin erfolgte Gründung der „Kampfgemeinschaft“, einer kommunistischen Sonderorganisation, habe man Wege eingeschlagen, die mit der Einheit des Bundes nicht in Einklang gebracht werden könnten. Dagegen habe man sich gewehrt, und 97 Proz. aller

Sängereine haben sich auf den Standpunkt des Bundesstandes gestellt; nur neun Chöre hätten sich mit den Spaltern solidarisch erklärt. Sie hätten sich damit außerhalb des Bundes gestellt, aber zahlreiche Mitglieder dieser Chöre hätten aus dem Gefühl der Bundesstreue heraus diese Vereine verlassen, um sich anderen Chören anzuschließen.

Der geschlossene Wille zur Erhaltung der Einheit der Organisation kam in einer einstimmig angenommenen Resolution zum Ausdruck, in der die Konferenz die Maßnahmen des Bundesstandes billigt, die im Interesse der Arbeiter-Sängerbewegung und bedingt erforderlich waren. Der Austritt der Chöre sei bedauerlich, da er weder dem Proletariat in seiner Gesamtheit noch im Besonderen dem Arbeitergesang nützen könne. Die Konferenz beurteile deshalb diese Abspaltung gerade in einer für die Arbeiterkulturbewegung außerordentlich schweren Notzeit. Sie erwartet von der organisierten Arbeiterschaft die einstimmige Ablehnung aller Spaltungsbestrebungen.

Probealarm des Städtischen Rettungsamtes.

Von der Rettungsstelle der Stadt Berlin in der Cantianstraße lief gestern abend um 10 Uhr bei der Zentrale des Rettungsamtes in der Auguststraße der Alarm ein: „Waffenunglück — entzündet sofort 50 Sanitäter.“ Sofort begann das Telefon nach allen Seiten zu spielen. Die Arbeitermänner und das rote Kreuz sowie die Feuerwehr wurden benachrichtigt und schon nach wenigen Minuten trafen sie Heffer an der Unfallstelle ein. Was war geschehen? Der Leiter des Städtischen Rettungsamtes Dr. Agener wollte die Bereitschaft der ihm zur Verfügung stehenden Rettungsinstitutionen bei großen Unglücksfällen erproben und hatte von der Rettungsstelle persönlich den Alarm gegeben. Dr. Agener, Oberbaurat Aktins von der Berliner Feuerwehr sowie einige Herren von der Polizei waren mit dem Probealarm durchaus zufrieden. Alles klappte ausgezeichnet. In kurzen Abständen fausten die Autos des Rettungsamtes ein, dann folgten als erste Sanitäter eine Gruppe von 8 Mann des Arbeiter-Samariterbundes mit vier Tragbahnen. Bald darauf rückten auch die Kolonnen des roten Kreuzes mit Krankenbahnen an. In rund 25 Minuten waren die angeforderten Hilfsmittel vollständig zur Stelle.

Sie und da ergaben sich noch kleinere Mängel, im großen und ganzen war die Kritik aber durchaus zufriedenstellend.

Luftklima-Winterhilfe. Die Deutsche Synthetika veranstaltet zugunsten der Berliner Winterhilfe am Sonntag, dem 6. November, 11 bis 13 Uhr, im „Atrium“, Kaiserstraße 178/179, eine Hümmatinee. Ernst Udel, der deutsche Weltreisende, und Wolfgang v. Grenau, der einzige Pilot, der zweimal den Nordatlantik überwand, werden persönlich über ihre Abenteuer erzählen und ihre Filme einleiten. Neben der „Hölle vom Big Baku“ und den „Stürmen über dem Montblanc“ werden die besten Szenen der noch nicht zur Aufführung gelangten „Fremden Dögel über Afrika“ und des „Grünländfluges 1931“ gezeigt werden.

Wirtschaft und Bürgertum.

Kartellherrschaft und Mißwirtschaft der Generaldirektoren und Banken, Zölle ohne Ende, Subventionen und Liebesgaben für die Großagrarien, dieses System bringt unvermeidlich den Ruin

des freien Aktionärs
durch Kursvernichtung

der verarbeitenden Industrie
durch teure Rohstoffe

des Bankensparers
durch Bankpleiten

des Handwerkers
durch Kreditentzug

der Kaufleute
durch leere Ladentische

des Beamten
durch Gehaltsdrofflung

des Bauern und Viehzüchters
durch niedrige Stallpreise

des Schweinemästers
durch teure Futtermittel

des Hühnerzüchters
durch zu hohe Kosten

des Gärtners und Siedlers
durch schlechte Preise und hohe Pachten

des ländlichen Handwerkers
durch Auftragsmangel

des ländlichen Kaufmanns
durch Käufermangel

Geht das Bürgertum mit den Arbeitermillionen, die allein die Privilegien der Großen bekämpfen?

Das Bürgertum läßt sich von Hitler irreführen, der sich von den Großen subventionieren läßt.

Ein Totentanz des Bürgertums!

Filmkartell will Boykott.

Sagenabbau und schwarze Listen.

Die Spitzenorganisation der deutschen Filmindustrie hat auf ihrer Tagung am Donnerstag Beschlüsse gefaßt, die sich für die Arbeitnehmer in der Filmwirtschaft wie für die breiten Massen der Kinobesucher sehr einschneidend auswirken müssen.

Der Zweck der Tagung war, gemeinsame Maßnahmen der Verbände zur Senkung der Produktionskosten zu schaffen. Hierbei ist in erster Linie an eine Senkung der Sagen gedacht, die bei der jetzigen Tonfilmproduktion gegenüber dem stummen Film um ein Mehrfaches gestiegen sind. Hierzu kommt die Mehrbelastung durch die Tonfilmapparatur und Lizenzen, die über 30 Proz. der Produktionskosten ausmachen. Die Spitzenorganisation, in der sämtliche Verbände der Filmwirtschaft vertreten sind, beschloß, daß künftig keine Filme in den Verleih übernommen und in den Theatern gespielt werden, bei denen der Hersteller des Films sich nicht den Bedingungen des Verbandes der Filmindustriellen über die Herabsetzung von Sagen unterworfen und den Film unter Wahrung dieser Grundsätze hergestellt hat. Ein derartiger Film soll durch die Spitzenorganisation entsprechend „gekennzeichnet“, also auf die schwarze Liste gesetzt werden.

Die weiteren Beschlüsse richten sich gegen die „zu billigen“ Theaterpreise, wie gegen überlange und überreichliche Darbietungen. Um hier eine „Preisstabilisierung“ zu erzielen, sollen die Kinopreise in den einzelnen Bezirken überprüft und die „schwer schädigenden Mißstände“ beseitigt werden. Zu diesen Sitzungen wird die Spitzenorganisation einen „Kommissar mit Spezialvollmachten“ entsenden.

Wenn die Verbände der Filmwirtschaft ihr Krisenprogramm auf eine Erhöhung der Kinopreise abstellen, so werden sie sich bei dem Stande des gegenwärtigen Masseneinkommens über die Folgen wohl im klaren sein. Die Erzwingung eines allgemeinen Sagenabbaues — wobei es nach den bisherigen Erfahrungen sich überwiegend um den Abbau der kleinen und mittleren Sagen und nicht der Storgagen handeln dürfte — durch Androhung von Boykottmaßnahmen verstoßt gegen das Kartellgesetz. Wird das Kartellgesetz gegen diese Maßnahme mit der notwendigen Schärfe eingeschritten?

Englische Bankiers gegen Nordwolle.

Schwierigkeiten bei Gründung der Neuen Nordwolle A. G.

Bei der Gründung der Neuen Nordwolle-Gesellschaft haben sich erhebliche Schwierigkeiten ergeben, weil die in dem Zusammenbruch des Nordwolle-Konzerns hineingezogenen englischen Banken gegen den Gründungsplan Einspruch erhoben haben.

Der Protest der englischen Gläubiger richtet sich dagegen, daß zur Gründung der neuen Nordwolle vier betriebsfähige Unternehmen des ehemaligen Bahusen-Konzerns aus der Konkursmasse herausgenommen werden sollen, wofür die Gläubiger als Gegenwert keine Barzahlung, sondern Aktien der Neuen Nordwolle-Gesellschaft erhalten sollen. Die erforderlichen Betriebsmittel für das neue Nordwolle-Unternehmen in Höhe von etwa 10 Millionen Mark werden von den beteiligten deutschen Banken vorgeschossen. Die Engländer vertreten nun den Standpunkt, daß bei der gegenwärtigen Verschärfung der Wirtschaftskrise in Deutschland auch die Neue Nordwolle in Zahlungsschwierigkeiten geraten könne, so daß sie in diesem Falle wiederum auf wertlosen Aktien feststehen. Diese Bedenken der englischen Gläubiger sind in der heutigen Situation natürlich begründet. Sie werden sich aber fragen müssen, daß bei einem Verkauf

der einzelnen, als gesund anzusprechenden Textilfabriken des Bahusen-Konzerns zur Zeit so wenig herauskäme, daß sie als Gläubiger noch schlechter abschneiden würden als bei dem ersten Projekt. Die strittige Frage wird auf einer Generalversammlung, die noch im Laufe dieses Monats stattfindet, entschieden werden.

Die Regelung des Zugabewesens.

Ein Gesetzesentwurf, der über das Ziel hinauschießt.

Die Reichsregierung hat soeben den Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Zugaben zu Waren oder Leistungen veröffentlicht und dem Reichsrat zugehen lassen.

Der Gesetzesentwurf enthält grundsätzlich das Verbot

des Anbietens und des Gewährens von Zugaben, wobei ausdrücklich hervorgehoben wird, daß eine Zugabe auch dann vorliegt, wenn die Zuwendung nur gegen ein geringfügiges, offenbar nur zum Schein verlangtes Entgelt gewährt wird. Ausgenommen von dem Zugabeverbot sollen nach dem Gesetzesentwurf Reklamegegenstände von geringem Wert, die als solche deutlich gekennzeichnet sind, oder Kleinigkeiten ohne eigenen Verkehrswert sein. Ferner wird die Zugabe erlaubt, wenn sie in einem bestimmten oder auf bestimmte Zeit zu berechnenden Geldbetrag besteht (Rabatterlaubnis). Erlaubt ist ferner handelsüblicher Zubehör oder handelsübliche Nebenleistungen, erlaubt ist die Zugabe in der Form der Erteilung von Auskünften oder Ratsschlagen und in der Form der Abonnementversicherung. Endlich soll die Zugabe dann erlaubt sein, wenn der die Zugabe Gewährende sich erbietet, an Stelle der Zugabe einen festen von ihm ziffernmäßig zu bezeichnenden Geldbetrag bar auszuführen.

Daß sich im Zugabewesen Mißstände entwickelt haben, die im Interesse der Verkehrssicherheit und des Schutzes der Konsumenten von Uebervorteilung eine Ausgestaltung der bisher geltenden gesetzlichen Bestimmungen gegen den unlauteren Wettbewerb erforderlich machen, ist seit Jahren von vielen Seiten hervorgehoben worden. Kreise des Gewerbes und des Handels wie auch die Konsumgenossenschaften haben gegen die Mißbräuche im Zugabewesen berechtigte Beschwerden erhoben. Der Gesamtkomplex dieser Fragen hat im Jahre 1930 einen Ausschuß des Reichswirtschaftsrats beschäftigt, der nach gründlicher Prüfung einen sehr interessanten Bericht erstattet hat. Es scheint uns bedauerlich, daß der Entwurf der Reichsregierung sich

nicht mit der Ausführung der Empfehlungen des Reichswirtschaftsrats begnügt,

sondern im Entgegenkommen an Anträge, wie sie insbesondere von der Wirtschaftspartei im Reichstag eingebracht sind, darüber hinausgeht und ein grundsätzliches Zugabeverbot ausspricht.

Der Bericht des Reichswirtschaftsrats hat in erster Linie gefordert, daß in Ergänzung des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb die Gratisankündigung bei der Zugabenreklame eindeutig verboten werden soll. Er hat die Auffassung abgelehnt, daß die Zugabenreklame ohne weiteres als eine unlautere Angelegenheit anzusehen sei und sich auf den Standpunkt gestellt, daß, wenn die Ankündigung von Gratiszugaben unterjagt wird, bei der Zugabenreklame kaum noch größere Möglichkeiten zu unlauterem Verfahren gegeben seien als bei anderen Reklamearten. Er hat weiter den Standpunkt vertreten, daß die Fälle, in denen bei der Anwendung der Zugabenreklame die Zugabe nur gegen

Konzentration in der Chemie.

Dresdener Lingner-Werke verlieren ihre Selbständigkeit.

Die Dresdener Lingner-Werke A. G., die neben ihren chemisch-pharmazeutischen Fabrikaten auch die bekannten Kosmetika wie Odol Zahnpasten usw. herstellt und sich mit diesen Markenartikeln einen großen internationalen Markt ausgebaut hat, geht jetzt an die A. G. für Kohlensäure-Industrie. Berlin, über.

Lange Zeit war schon bekannt, daß der Schering-Kahlbaum-Konzern ein Interesse an der Übernahme der Lingner-Werke hatte, jedoch haben sich die Verhandlungen mit diesem Unternehmen zerschlagen. Die A. G. für Kohlensäure-Industrie wird die gesamten Anlagen der Lingner-Werke auf 20 Jahre pachtweise übernehmen und dafür die Lingner-Aktien mit einer Dividenden-garantie ausstatten. Da die Lingner-Werke mit ihrem verhältnismäßig geringen Kapital von 6 Millionen stets sehr rentabel gearbeitet haben und trotz der Verschlechterung der Konjunktur auch noch in den letzten beiden Jahren 7 und 8 Proz. Dividende ausgeschüttet, ist mit einer Dividenden-garantie von 7 Proz. zu rechnen. Auch das übernehmende Werk, die A. G. für Kohlensäure-Industrie, hat in den letzten beiden Jahren bei 9 und 10 Proz. Dividende hochrentabel gearbeitet. Hinter der Verschmelzung der Lingner-Werke dürfte die Commerz- und Privatbank stehen, deren leitender Direktor Kurt Sobornheim in beiden Unternehmungen als Aufsichtsratsmitglied vertreten ist.

Rußlands Außenhandel.

Die Handelsbilanz mit 210,6 Mill. Rubel in den ersten 8 Monaten 1931 passiv.

In den ersten acht Monaten 1931 stellte sich der Gesamtbetrag des russischen Außenhandels über die europäischen Grenzen und die Schwarzmeerküsten nach vorläufigen Angaben auf 1079,8 Mill. Rubel gegenüber 1188,9 Mill. Rubel in den ersten acht Monaten 1930. Die russische Ausfuhr betrug in der Berichtszeit 434,5 Mill. Rubel gegenüber 550,9 Mill. Rubel in der gleichen Zeit des Vorjahres, die Einfuhr 645,1 Mill. Rubel gegenüber 638 Mill. Rubel. Die Handelsbilanz war somit in den ersten acht Monaten 1931 mit 210,6 Mill. Rubel passiv gegenüber einer Passivität von 87,1 Mill. Rubel im entsprechenden Zeitabschnitt des Vorjahres.

Der Gesamtabsatz des rheinisch-westfälischen Kohlenhandels stellt sich im Monat Oktober auf 187 000 Tonnen arbeitstäglich gegenüber 184 000 Tonnen im September. Der Absatz in das unbefristete Gebiet stieg auf Grund von Hausbrandbezügen von 87 000 Tonnen arbeitstäglich im September auf 93 000 Tonnen im Oktober, während der Absatz in das befristete Gebiet von 97 000 Tonnen arbeitstäglich auf 94 000 Tonnen im Oktober zurückging. Die Haldenbestände haben sich auf 8,9 Millionen Tonnen verringert. Zugunommen haben die Rotobestände, während für Kohlebreiteteis eine Abnahme festzustellen ist.

Einfuhrmonopol in Ostland. Der Gesetzesentwurf, durch den der Handel mit den wichtigsten Einfuhrartikeln, wie Getreide, Zucker, Salz, Petroleum, Steinkohle zum Staatsmonopol erklärt wird, ist heute vom Parlament eingehend angenommen worden.

Ablieferung allzu zahlreicher Gutscheine verabsolgt oder die Vorlegung der Gutscheine innerhalb einer allzu knappen Frist von den Lieferanten gefordert wird, ein Einschreiten auf Grund des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb möglich und angebracht sei und daß es zweckmäßig wäre, wenn die Justizverwaltungen der Länder die in Betracht kommenden behördlichen Instanzen auf die Verfolgung dieser Mißbräuche hinweisen würden.

Es scheint uns, daß es richtig wäre, sich bei der Neuordnung des Zugabewesens an diese Richtlinien des Reichswirtschaftsrats zu halten. Denn grundsätzlich ist nicht einzusehen, warum das besondere Bedürfnissen angepaßte Zugabewesen als Reklamemittel, sofern es nicht unlauter gehandhabt wird, verpönt sein soll gegenüber anderen Reklamearten, die natürlich die Produktions- und Vertriebskosten zu Lasten des Verbrauchers genau so erhöhen, wie es bei Zugaben der Fall ist.

Wenn der weitergehende Gesetzesentwurf der Reichsregierung jetzt im Reichsrat und dann im Reichstag zur Verhandlung kommt, wird aber im besonderen auch die Frage zu untersuchen sein, ob der gegenwärtige Augenblick für einen Eingriff, wie er hier geplant ist, geeignet ist.

Eine Reihe von Industrien sind in erheblichem Maße auf die Herstellung von Zugabeartikeln eingestellt, und es ist im besonderen in der keramischen Industrie, aber auch auf einigen anderen Gebieten, sehr zweifelhaft, ob der Umfang, der von ihnen heute in Zugabeartikeln erzielt wird, einen Ausgleich durch andere Absatzwege erfahren würde. In den Kreisen dieser Industrien, die Werbereklameartikel erzeugen, im besonderen auch in den Kreisen der beteiligten Gewerkschaften, herrscht die Befürchtung, daß das Zugabeverbot gerade

im gegenwärtigen Augenblick eine zusätzliche Arbeitslosigkeit

von erheblichem Umfange hervorrufen würde. In dem Gutachten des Reichswirtschaftsrats wird u. a. ausgeführt, daß allein 6000 bis 7000 Porzellanarbeiter für das Gebiet des Reklamewesens und der Wertzugaben beschäftigt seien. Dazu kommen ohne Zweifel einige tausend Arbeiter aus anderen Industrien hinzu. Es wäre sehr bedenklich, wenn man einen in anderen Zeiten vielleicht leichter erträglichen Eingriff in die Verbrauchsumsichtung gerade in einem Augenblick vornimmt, in dem der Arbeitsmarkt so wenig Elastizität zeigt, wie es jetzt der Fall ist.

Wir glauben deshalb, daß es bei den parlamentarischen Beratungen dieses Gesetzesentwurfs darauf ankommen wird, gegenüber dem nicht hinreichend begründeten allgemeinen Verbot den gesetzlichen Eingriff zu beschränken auf die Bekämpfung offenkundiger Mißbräuche, im besonderen auf das Verbot der Ankündigung von Zugaben als Gratisleistungen, da selbstverständlich jede Zugabe wie jede andere Reklame im Normalfall von dem Verbraucher in dem Warenpreis mitbezahlt werden muß.

Landfänger: Die Gasse der Schreiber

Mein Freund Ahmed suchte mich aufgeregt mit einem zertrümmerten Kuvert vor der Kasse herum. „Er hat geschrieben,“ stieß er ein über das andere Mal hervor, „er hat geschrieben, Allah möge ihn segnen.“

Der lächerliche Bart meines Freundes Ahmed zitterte stark, weil der gute Mann abwechselnd einmal mit dem rechten und einmal mit dem linken nackten Fuß auf die stäubige Straße stampfte.

Es war klar, daß sich Ahmed über den Brief seines Betters aus Kantarra freute, es war aber absolut nicht klar, weshalb er ihn mir vor der Kasse hin und her schwang. „Achmed,“ sprach ich deshalb mit Würde, „Achmed, mäßige deinen Gefühlsausbruch, lies dir den Brief in aller Ruhe durch und verrate mir anschließend, was dir dein Better aus Kantarra schrieb.“

Achmed war sprachlos. „Ich habe niemals die Striche des Bösen enträtseln können,“ stieß er nach einer Weile hervor, „ich bin ein armer Felleh. Ich bin zu dir gekommen, daß du die Gedanken meines Betters vom Papier nimmst und mir ausbreitest. Du bist ein Weiser, du kannst lesen und schreiben.“

Jetzt war es an mir, sprachlos zu sein. „Achmed,“ sprach ich nach kurzer Sammlung. „Es ist mir nie möglich gewesen, aus euren verdrehten Strichen des Bösen Klug zu werden. Ich habe mit Ach und Krach eure Sprache gelernt. Aber —“ (und ich gab meiner Stimme einen wehmütigen Klang) „ich bin ein Landstreicher, ein Pilger vor dem Herrn, ein Student der Typographie und Absolvent der Fachtadademie, der fast wird, auch ohne eure blöden Striche des Bösen. Geh zu einem Essendi deines Stammes und laß dir den Schrieb entziffern.“

Achmed ließ verzweifelt den Kopf sinken. „Ich kenne zwar einen Essendi in Kairo, der den Brief für mich lesen würde, aber er hat gestern die Stadt verlassen.“

Achmed tat mir aufrichtig leid. Vielleicht stand in dem Brief, daß er sich von seinem Better zwanzig Flagen abholen soll. Oder zwei Kamele. Vielleicht auch eine Frau. Man konnte es nicht wissen. Vielleicht war Ahmed schon jetzt ein reicher Mann, ohne daß er es ahnte. Der Mann, der mit der Karawane kam und den Brief abgab, war wortlos wieder verschwunden.

Auch mir sank das Kinn auf die Brust. Dann sah ich meinem Freund fest in die Augen und sagte: „Wieviel Pfaster hast du, Siesohn des Nils?“

Achmed erbleichte. „Es geht gegen meine Prinzipien —“

„Schweig!“ donnerte ich den Unglücklichen an. „Ha! Wähnt du, ich will dich in schänder Bier um deins Pfaster bringen?! Ist das tiefe Freundschaft? Du beherrschst die Gepflogenheiten des Bösen besser als wir weisen Glauers. Achmed —“ Meine Stimme brach.

„Zehn Pfaster,“ murmelte der Felleh. „Und du willst sie nicht —?“

„Rein,“ sagte ich, „aber zehn Pfaster — ein schönes Stück Geld. Gehen wir damit in die Gasse der Schreiber.“

Achmeds Gesicht hellte sich auf. „In die Gasse der Schreiber?“

„Stieh er hastig hervor. „Jawohl, sie sollen uns den Brief enträtseln!“ Wir überquerten den glühenden Place of Egypt, bogten in krumme Gassen ein, überquerten andere Plätze und näherten uns dem Europäerquartier. Dann standen wir hinter der riesigen Hauptpost und vor der Gasse der Schreiber.

Das ist die seltsamste Straße in Kairo.

Sie ist sehr schmal, und weil in den kleinen Buden, die rechts und links ohne Zwischenräume aufgebaut sind, achtunggebietende Gelehrte sitzen, die die geheimnisvollen Striche auf den Papieren enträtseln können, herrscht in der Gasse ein ehrfürchtiges Schweigen. Selbst die vorwärtigen Araberjungen verstummen, wenn sie ihre Gel vorbetreiben, und werfen schweue Blicke auf die hochenden Gestalten mit den langen Bärten.

Auch bei uns war die Stille achtunggebietend, als wir am Eingang der Gasse standen. Kaum aber hatte Ahmed, den Brief in seiner Hand schwingend, die Gasse betreten, als ein Höllenlärm über uns hereinbrach. Die Veränderung war ungeheuer. Die langbärtigen schrien wie die Berrückten, tanzten herum, schlugen sich die Fäuste vor die Brust, rousten sich die Haare und führten ansonsten die seltsamsten Tänze auf. Und alles nur wegen Ahmeds Brief. Mein Freund blieb ob des Lärmes verwirrt stehen und blinzelte ratlos von einem Gelehrten zum anderen.

„Komm zu mir, Glücklicher,“ schrie einer, der seine hundert Jahre bestimmt auf dem Buckel hatte, „komm her, Sohn des Niggottes, ich werde dein teures Schreiben enträtseln.“

„Ja, ja,“ freischte ein anderer los, indem er beschwörend die Hände hob. „Glaub' es mir, junger Hengst, geh nicht zu ihm. Sein

Vater ist ein Mistfäßer und er versteht vom Lesen soviel wie ein Schwein vom Singen! Komm zu mir, ich werde —“

„Wißt du diesen dreisten Büstenlöcher noch länger anhören, kühner Jüngling? In seinem sinkenden Rachen wohnt die Pest. Du wirst am Hauch des Todes hinwelken. Deine Kniegestalt wird zusammenkrumpfen!“

Achmed war als Kind stark rechtsch und die Krankheit hatte ihre Spuren an seinen behaarten Beinen hinterlassen.

„Zerstampe den lügenreichen Skorpion mit den herrlichen Säulen deiner Beine,“ schrie es von irgendwo her —

„Zertere ihn —“

„Komm zu mir —!“

„Ich bin der größte Gelehrte —!“

„Ich — —!“

Achmed blinzelte hilflos auf mich. Ich nahm ihn resolut am Arm und führte ihn an die Bude des lauteften Schreibers. Es war ein uralter Greis, an dessen Kinn sich eine sibirische Flechte verirrte hatte, welche täuschend einem strubbligen Bart ähnelte. Im gleichen Moment verstumten die Gelehrten und achtunggebietende Stille senkte sich wieder auf die Gasse der Schreiber. Derjenige, dessen Mutter soeben des Beischlafes mit einem Hunde beschuldigt wurde, unterhielt sich lächelnd mit demjenigen, der die ungeheuerliche Beschuldigung kalkschänzig hervorgehoben hatte.

Der Greis mit der sibirischen Flechte nahm den Brief, wog ihn eine Weile hin und her und öffnete schließlich das Kuvert. Darob entfaltete er mit feierlicher Miene das braune Stückchen Packpapier, welches die Botschaft von Ahmeds Better enthielt und begann bedächtig zu lesen. Schon gleich zu Anfang begann er dabei zu schmunzeln. Je weiter er las, desto lustiger wurde er. Schließlich konnte er sich nicht mehr halten vor Lachen und schlug mit der Hand auf die mageren Schenkel.

„Was schreibt er?“ fragte Ahmed zitternd vor Erwartung.

Aber der Alte gab keine Antwort und lachte weiter.

Achmed hüpfte von einem Bein auf das andere. Was schreibt er? Was schreibt er? Sag es, Alter, was schreibt er?

Die Reugierde war zur Stedehige gestiegen.

„Ein sehr wichtiger Brief,“ Der Alte fraute sich die Flechte.

„Trage ihn vor,“ flehte Ahmed.

„Natürlich werde ich ihn vorlesen,“ sogte der Alte. „Aber erst muß du fünf Pfaster zahlen.“

Achmed hielt sich an mir fest. „O, Allah, raube deinem Schänder die Zunge,“ lang er. „Fünf Pfaster? Ich will mich sofort in deinen

Burmus verwandeln, wenn ich mehr als zwei Pfaster besitze!“

Der Alte blinzelte auf den Brief und lächelte. Er lächelte zehn Minuten später, als er vier Pfaster einstrich, ebenso. Dann begann er zu lesen. „Achmed, Allah möge dich segnen. Der Nil gab uns eine gute Ernte. Allah schenkte mir noch einen Sohn. Ich habe meinen Erdwacker vertiefen müssen. Der große Stier hat sich am Gopelwerk das Bein gebrochen. Einen Mond später werde ich nach Mekka pilgern. Friede sei mit dir — dein Better Jussuf.“

Der Alte verstummte.

„Was weiter —“ drängte Ahmed.

„Weiter?“ Der Alte macht ein dummes Gesicht. „Der Brief ist zu Ende.“

„Was — —?“

Achmed schlug sich die Faust vor den Schädel und sprang einen Meter hoch. Auch ich war wütend. „Warum hast du denn beim Lesen so blöde gelacht, alter Drecksack —?“ schrie ich.

„Schweig, Glaur!“ brummte der Alte und lehnte sich zurück.

„Der Pfoster,“ murrte Ahmed, „er hat uns betrogen, der elende Schafstrog.“

Dann wurde sein Gesicht plötzlich dunkelrot.

„Der Hauptschuldige aber ist Jussuf! Er hat mich um die Pfoster gebracht. Ich will nichts von seinem Stier wissen. Warum schreibst er die Striche des Bösen, he?“

Sein Kummer ging mir zu Herzen.

„Ich werde ihn beleidigen. Ich werde es ihm heimzahlen.“

Achmed kam eine Erleuchtung. „Alter,“ wandte er sich an den Schreiber, „kannst du meine Gedanken auf das Papier malen, so daß er es lesen kann?“

„Ja,“ sogte der Alte, „fünf Pfaster.“

Achmed schwante. Dann gab er sich einen Ruck und diktirte dem Weisen einen Brief, daß sich mir die Haare sträubten. Er zick ihn der fürchterlichsten Lobsünden und prophezeite ihm ein qualvolles Ende. Daraus brachten wir den Brief auf die Post und bezahlten einen Pfaster für die Briefmarke.

„So, du Schafstrog,“ murmelte mein Freund Ahmed, als wir durch die großen Straßen nach Hause pilgerten, „dir werde ich helfen, mich um vier Pfaster zu bringen.“

Ich weiß aber bestimmt, daß er nicht glücklich war.

die Zigarette zwischen den verrotten Lippen, sah Giovanni, nein, Paolo. Als ich das Glas geleert und mich wieder in meinen Sessel geworfen hatte, begann Giovanni, ohne daß ich ihn gebeten hatte.

„Das meiste weißt du, nicht wahr? Weißt, daß ich in Paris ein Flugzeug gekauft hatte, daß ich zehntausend Flugblätter unserer Emigrantenpresse mitnahm und am hellen Mittag über Rom auf-tauchte?“ Ich nickte. „Sanft wie Taubenschwärme tanzten die Flugblätter abwärts. Aber zum Teufel, es waren keine Tauben; es stand viel darauf, was mit Adlerfedern geschrieben zu sein schien. Ich umkreiste den Palazzo Chigi und hätte lieber Bomben an Bord gehabt als Papier. Ich stieg nach den Arbeiterquartieren und den Glendquartieren. Dann sah ich, daß man mich bemerkt hatte. Zwölf, fünfzehn Maschinen drehten sich empor. Ich mußte wenden. Nordwärts ging es nicht; auch die Flucht nach Osten hatten sie mir verlegt. West und Süd blieben. Das hieß: das Meer. Auch gut, denn! Ich, bis Korrika wird das Benzin noch langen. Sie heigten mich; aber als ich erst über dem Wasser war, da drehten sie bei. Ich rufe weiter, nehme kein Gas weg, hab' nur einen Gedanken: bis Korrika muß es langen. Daß es nicht langte, das weißt du auch wieder aus den Zeitungen. Also — adwärts.“

Giovanni machte eine Pause. Als er weiter sprach, schien es, als habe er ganze Sätze seiner Erzählung nur in Gedanken be-richtet. „Das schlimmste war die Nacht und der Durst. Die Nacht verging, doch der Durst blieb. Es war Sturm aufgekommen. Mein Brod lockte immer tiefer, und es konnte nicht mehr lange dauern, bis es völlig verank. Nun, und dann kam der Dampfer. Ich schrie und winkte. Erst als er beidreht und ein Motorboot klar macht, sehe ich, es ist ein Italiener, ist die „Fiume“, und es wäre besser gewesen, ich hätte nicht geschrien und nicht gewinkt. Bis auf zwanzig Meter kommen sie zu mir. Dann halten die Brecher sie auf. Am Heck steht einer, der steht aus, als ob's der Duce selber wär. Er hat ein höllisches Grinsen um die Lippen, und als er den Rettungs-ring wirft, ist's, als würfe er einen Vasso. Ich weiß, das ist der erste Ring einer Kette; das ist die Kasse, ist ewiger Kerker. Dennoch sah ich ihn streif' ihn über, und wie sie eben anziehen drüben im Boot, reiß ich mein Messer hervor, kappe mit einem Hieb das Seil und springe ins Wasser. Im Boot schreien sie. Der Kerl, der der Ring geworfen, brüllt auf den Mann am Steuer ein: „Kvanti Kvanti!“ Da seh' ich durch das Glas der grünen Wellen, wie der am Steuer leise lächelt und mir zuwinkt mit einer knappen, vor-sichtigen Bewegung. Sie folgen mir nicht, sie können es nicht. Etwas muß nicht in Ordnung sein. Wie hieß es in meinem Flugblatt? „Zerstört die Maschinen, zertrümmert die Motore, brecht das Steuer!“ Ich treibe weiter, und nun ist das Motorboot der „Fiume“ schon ganz klein geworden. Zwei Stunden später überrennt mich fast der messerfahre Bug eines spanischen Torpedobootes. Dann aber sieht man mich und wieder schwirrt ein Ring durch die Luft, ein Rettungsring, und an seiner Leine halt' ich mich fest, eiseren fest, noch als ich längst auf dem schmalen Deck stehe und der Kapitän mich hält, weil ich taumle. — O wir kannten uns gut, dieser Kapitän und ich, aus Paris. Es war noch gar nicht lange her, daß auch er Emigrant gewesen. Geflüchtet vor Primos Kasse. Aber jetzt war dort der Diktator tot und der König verjagt und mein Kapitän zurückgekehrt in Heimat und Amt. Er hat mir den Poch besorgt auf den Namen, unter dem ich hier nach Santiago dampfe. Und Giovanni ist tot...“

„Es lebe Paolo!“ sagte ich und hob mein Glas.

Haifischanbeter

Von einem Häuflein Menschen, die den Haifisch als ihren Gott verehren, erzählt man jetzt durch die Entdeckung eines amerikanischen Missionars, Dr. C. F. Fog, der auf seinen Jagden nach der Insel Tugi kam, einem kleinen Eiland im südlichen Indischen Ozean, das zur Solomon-Gruppe gehört. Der kleine Flock ist auf den Schiffahrts-arten als Santa Urmo verzeichnet, galt aber bisher für unbewohnt. Fog stellte nun fest, daß hier Vertreter einer polynesischen Rasse leben, die auf einer sehr niedrigen Kulturstufe stehen. Er war der erste weiße Mann, der jemals die Insel betrat, und die Eingeborenen stauten ihn an, als ob er aus einer anderen Welt käme. Sie führten ihn in ihr Dorf, wo er eine seltsame reichgeschmückte Stange fand, eine Art Totem in Gestalt eines Haifisches mit einem Kamm und einem Fisch auf dem Rücken. Fog erfuhr dann weiter, daß die Inselanwohner den Haifisch als ihren Gott verehren und ihm Opfer darbrachten. Der Leib des hölzernen Halmstems war hoch und mit den gebleichten Schädeln vieler Generationen von Häuptlingen angefüllt. Bevor der Missionar nach Neuseeland weiterfuhr, wohnte er den Zeremonien bei, die sie vor dem Totem vollzogen. Die Wilden sind fest davon überzeugt, daß die Haie, die ewig nach Menschenfleisch hungrig sind und schon so viele der Ihren derjehrt haben, mit ihnen in einer geheimnisvollen Verbindung stehen. Einzelne Auserwählte glauben, eine übernatürliche Kraft zu be-lieben, die sich vom Vater auf den Sohn vererbt. Diese Auserwählten, die nach ihrem Glauben die Seelen mit Haifischen austauschen, sind ihre Priester, und unterhalten sich täglich mit den Beherrschern des Meeres, die ihnen gehorchen müssen und ihre göttliche Gewalt auf sie übertragen.

Dickens geheimes Arbeitszimmer

Wie sehr Dickens in den letzten Jahren seines Lebens unter seiner Berühmtheit zu leiden hatte, und wie er nur durch ein geschicktes Versteck zum Schaffen kam, zeigen die Erinnerungen des einzigen noch lebenden Dieners des Dichters, George Chapman Wollen, der dieser Tage seine goldene Hochzeit feierte. Der Greis, der noch jetzt als Gärtner tätig ist, wurde bei dieser Gelegenheit ausgefragt und erzählte von seiner ersten Stelle: „Ich war 17 Jahre, als ich nach Gads Hill Place kam, dem Hause, in dem Dickens so viele Jahre gelebt hat und auch gestorben ist. Ich wurde nicht nur zu Gärtnerdiensten verwendet, sondern hatte auch manch andere Aufgaben. Auf der Straße warteten stets Haufen von Menschen, die den großen Dichter sehen wollten. Sie konnten beobachten, wie er in den Garten ging, oder daß er aus dem Hause herauskam, sahen sie niemals, denn er verschwand. So standen sie und warteten sie, während Dickens unterdessen auf der anderen Seite der Straße eifrig an seinem letzten Buch schrieb. Das geschah auf folgende Weise. Einige Verehrer hatten Dickens ein schönes Häuschen auf der anderen Straßenseite gegenüber seinem Heim gebaut; Dickens hatte sich einen unterirdischen Gang unter dem Rosen seines Gartens anlegen lassen, der unter der Straße hindurchführte und in einem geheimen Zimmer endete, in dem er ungestört arbeiten konnte. Eine meiner Aufgaben bestand nun darin, jeden Morgen in das Häuschen gegenüber zu gehen und das Zimmer für den Dichter herzurichten. Es mußte immer alles blühend und sauber sein, denn Dickens trug sehr seine Kleidung. Sein Lieblingsanzug war eine schwarze Samtjacke mit gestreuten Bein-leidern. Bevor er seinen unterirdischen Gang antrat, ließ er jeden Morgen fünf- bis sechsmal durch den Garten, um sich einige Bewegung zu machen, gefolgt von seinen zwei Lieblingshunden, die hinter ihm herliefen und bellten.“

Die Rinde der Birke wird in steinernen Gefäßen beim Begebau verwendet, da sie wegen ihres Harzreichtums fast un-zerwesslich ist.

Roland Marwitz: Der Rettungsring

Es war kein Sturm, nur das gewohnte Herbstwetter, und unser Kasten stampfte munter und ruhig. Ein wenig schaukelte er, und die Wellen kamen oft mit sprigender Sicht bis an die Reeling. Die meisten unserer vornehmigen Passagiere lagen unten in ihren Kabinen. Alle Gedächtnisse waren leer, aber als ich den Kopf ein wenig rückwärts wandte, sah da doch noch einer und blinzelte über die See. Es war ein hagerer Mensch in einem dunklen Wettermantel. Die Sportmütze war weit über die Stirn gezogen. So konnte ich nur Nase und Mund erkennen. Mir war, als hätte ich den Fremden schon einmal gesehen, aber das war ja ganz natürlich, denn wir ahen wohl zusammen im gleichen Speisesaal, und es war lächerlich, daß mich kein Anblick demütigte. Plötzlich wurde der Fremde auf. Sein dunkelbraunes, südlisches Gesicht ward ein wenig blässer. Doch er hielt sich gut und schien nicht leerkant zu werden. „Ich will Ihnen einen Lip geben“, sagte ich, „einen ausgezeichneten Lip. Sehen Sie dort den roten Rettungsring am Geländer? Wenn es Ihnen wieder die Kehle zuschnürt, dann bliden Sie nur ganz fest in den Kreis des Rettungsringes! Das ist eine ausgezeichnete Selbsthypnose. Es hilft Ihnen bestimmt.“ Da er nicht antwortete, nur dankend mit dem Kopfe nickte, fügte ich hinzu: „Das ist übrigens das einzig Gute, was ein Rettungsring bei solchem Wetter leisten kann. Zu etwas anderem langt es doch nicht, wenn es auf Windstärke 9 zu geht.“ Der Fremde sprang auf, stand mit einem Say neben mir. „Glaubst du? Ich weiß es besser.“

Ich hörte seine Worte kaum; zu groß war mein Verwundern. „Giovanni?“ In meiner Frage lag Freude und Erstaunen. Er nickte und reichte mir die Hand. Ich ließ mich von ihm aus dem tiefen Sessel hochziehen. „Giovanni! Also, das muß gefeiert werden! Komm, wir trinken einen Whisky, oder zwei. Doppelt hält besser.“ Er zögerte. „Werden viele unten sein, an der Bar?“

„Jetzt? Kein Mensch. Aber warum?“

„Ich bin lieber allein.“ Wie traurig klang seine Stimme! „Hör mal, Giovanni!“ sagte ich, als wir die schmalen Stiegen abwärts stolperten, „wie kommt's, daß ich dich nie bei Tisch gesehen habe?“

Er wartete mit der Antwort, bis wir den schmalen Gang erreicht hatten. „Ich esse in meiner Kabine.“ Ich nickte veritehend. In Wahrheit begriff ich nichts; Giovanni hatte bisher kein Talent gezeigt, den Einsiedlerkrebs zu spielen.

Die Bar war leer, und als wir bei unsem Whisky saßen, verschwand auch Bobby, der Neger. „Also, Gio —“, ich hob das Glas, ihm zuzutrinken, und wachte im gleichen Augenblick: Giovanni war ja tot. Schon seit vier Wochen Abgestürzt auf der Flucht vor den Aeroplanen des Duce und im Mittelmeer ertrunken. So hatte es in den Zeitungen gestanden; so sogte es auch der Text des Radiogramms, das ich oben in meiner Junkerbude selbst aufgenommen hatte. Der Text des Telegrammbandes zudte wieder vor meinem Geiste auf: „Giovanni brosi, der am montag mit einem spatheindecker über rom aufgetaucht war und flugblätter gegen den duce und gegen den faschismus abgeworfen hatte ist bei seiner flucht über das mittelmeer abgestürzt und ver-mutlich ertrunken stop der dampfer fiume der navigazione italiana fand mittwoch treibende trümmer der brosischen maschine stop von brosi selbst fehlt jede spur auch ward seine leiche bisher noch nicht geborgen.“

Das Glas war mir aus der Hand gefallen. Ich starrte Giovanni an. Mit einem leisen, traurigen Lächeln schob er mir seinen Whisky zu. „Trink; mir schenke, du kannst ihn jetzt besser gebrauchen als ich.“ Ich leerte das Glas. Schließlich küsterte ich: „Aber Giovanni, bist du nicht...?“ Ich wogte das Wort nicht zu nennen. Er tat es statt meiner. „Tot? Ja, du hast recht; ich bin tot. Und nun nenn' mich auch nicht mehr Giovanni! Ich heiße jetzt Paolo, was ja auch ein ganz netter Name ist. Für die Welt bin ich tot. Es kann mir nur lieb sein, wenn ich's bin.“ Ich sprang auf, ließ ein paar mal durch den leise schlingenden Raum, tastete nach einer Zigarette, und als ich am hohen Tische des Respers stand, mirte ich mir selbst einen Whisky. Ich nahm nur wenig Soda; es war unschätbar gewesen, jetzt betrunken zu sein. Aber ich war verteuftelt nüchtern und drüben,

Im Spiegel der Not.

Was Kleingewerbetreibende aus Arbeitervierteln zu erzählen wissen

Die sonnigen Tage, die uns ein freundlicher Herbst beschert, werden, wenn man durch ein Groß-Berliner Arbeiterviertel geht, verdrängt durch das Straßenbild, das sich dem Auge bietet. Vielleicht macht die erschütternd große Zahl vor allem auch junger Menschen, die man in einem von Woche zu Woche stärker werdenden Ausmaß das Straßenpflaster treten sieht, den bedeutendsten Eindruck. Es sind die schier unzähligen Arbeiter und Arbeiterinnen, die unter dem furchtbaren Zeichen: **erwerbslos!** stehen. Das hat in den letzten 1 1/2 Jahren ein grauenvolles Tempo angenommen. Das unverkennbare Bemühen dieser von der großen Krise am heftigsten geschlagenen Menschen, durch legendenmäßige Sauberkeit der Kleidung über das Elend der Wirklichkeit hinwegzulaufen, schafft die eingefallenen Barden und den Blick, der vom Hunger des Magens und der Seele spricht, nicht aus der Welt. Die abgetriebenen Absätze lassen sich nicht verbergen, und auch die mühseligen Blicke an der Bode sind berechtigt. Aber das Straßenbild im Arbeiterviertel zeigt noch mehr. Da sind die Frauen, die im zerfetzten Handtäschchen kramen, um die paar Pfennige, die just für das Billigste reichen, zusammenzufragen. Da ist weiter die ständig wachsende Zahl der Bettelnden, mit Schnürsenkeln oder Streichhölzern handelnden, singenden und auf verstimmten Instrumenten musizierenden Menschen. Die Not der Zeit wird aber vielleicht am deutlichsten, wenn man in die Beirriebe und die Bücher der Kleingewerbetreibenden hineinschaut. Nicht allein, daß die Läden der Fleischer und Kolonialwarenhandlärer, der Friseur und Bäcker, der Gastwirte und Schuhmacher eine erschreckende Leere aufweisen, nicht allein, daß man immer weniger Geschäftszubehälter auf den Straßen sieht, — den letzten Ausschluß gibt erst eine direkte Aussprache mit dem Kleingewerbetreibenden. Lassen wir Menschen und Zahlen sprechen!

Der Schuhmacher erzählt.

Ein alter Schuhmacher berichtete: „Seit ich meine kleine Bude habe, war gerade zur Herbstzeit immer Hochbetrieb in Reparaturen. Seit zwei Jahren hat sich das vollkommen geändert. Ich arbeite billig und bin Fachmann in meinem Beruf, aber selbst gute billige Arbeit kann heute nicht mehr bezahlt werden. Es kommen noch nicht halb so viel Menschen wie früher. Wenn nicht die Reparaturen von der Wohlfahrt wären, die mich noch tatsächlich über dem Wasser halten, dann wäre es noch viel schlimmer, und ich müßte auch noch meinen letzten Gefellen entlassen. Sehr viel Erwerbslose gehen heute daran, die Stiefel selbst zu beschulen. Da will man den Gang zum Schuhmacher ersparen, weil man eben kein Geld hat. Das geht auf Kosten des Oberlebens, denn ein richtiger Handwerker muß Fachkenntnisse und das richtige Handwerkszeug haben. Doch erst wenn der Stiefel beinahe ganz kaputt ist, wird der Weg zum Schuhmacher angetreten.“

Knochen, Knochen, Knochen!

Ein Schlächtermeister, der seit Jahren in der gleichen Gegend einen sehr lauberen Laden besitzt, sagte, daß der geschäftliche Rückgang sich auf nahezu 50 Proz. beläuft. Die Klage lautet: „Alle wollen nur billige Waren. Mehr als 90 Pf. oder höchstens 1 Mark darf in den allerschwierigsten Fällen der Einkauf nicht kosten. Weil das Geld zum Fleisch nicht reicht, werden so große Mengen an Knochen verlangt, wie sie überhaupt kaum zu beschaffen sind. Unser Verkauf an Fleisch ist durchschnittlich um 30 Proz. gesunken.“

Kein Geld für Brot!

Sehen wir uns einen Rundgang fort! Ein Bäckermeister hat einen Rückgang von 50 Proz. zu verzeichnen, der bei Kuchen und sonstigen weißen Backwaren sogar bis zu 60 Proz. geht. Wir zitieren, was er uns wirklich sagte: „Was ich früher in einer Woche an Kuchen verkaufte, verkaufe ich jetzt in drei Monaten.“ Hier erinnert sich hierbei nicht angelehnt der Einstellung deutscher Wirtschaftsführer um Schacht und Böcker an das Wort der Königin Marie Antoinette von Frankreich, die, als sich die große Revolution durch Hungerrevolten entzündete, sagte: „Die Leute haben kein Brot? Warum essen sie denn keinen Kuchen?“ Früher war das sogenannte **Schichtbrot** beliebt; man brachte den angerührten Teig zum Backen und ließ ihn dort backen. Das ist heute, wenigstens in den Arbeitervierteln, fast ganz vorbei.

In einer Metzgerei blieb es, daß täglich 40 Liter Milch übrigbleiben, die der Besitzer, wie er sagte, nachgedrungen, zur Verfütterung an seine Schweine verwendet. Welch ein Widerwärt! Auf der Straße, auf beengten Höfen und in stickigen Wohnungen hausen bedürftige Kinder, und die Milch wird aus den „Gefäßen“ einer

wohnwichtigen Wirtschaftsordnung heraus den Säuen vorgekehrt. Die Metzgereibehalter sollen jetzt an Wohlfahrtsempfänger den Liter Milch für 20 Pf. abgeben, dagegen sträuben sich aber die Unverständigen unter ihnen.

Trügerische Hoffnung auf den Damensalon.

Auch der Friseur, den ich besuchte, nannte als Geschäftsrückgang die traurige Bilanz von 40 Proz. Er und mancher seiner Kollegen hatten gehofft, sich durch die Einrichtung eines **Damensalons** durchhelfen zu können. Die Hoffnung hat allzuoft enttäuscht. Die hohe Erwerbslosenziffer gerade auch bei den Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten hat dazu geführt, daß auch hier sehr oft zur Selbsthilfe geschritten wird. Der Geschäftsinhaber meinte drastisch: „Und wenn das Haar auch aussieht, als wenn die Kratten daran geknabbert hätten —, um mich in Nahrung und Brot zu sehen, dazu reicht eben das Geld nicht.“ Mancher Friseur hat

Feierstunde im Rundfunk

veranst. vom Arbeiter-Kultur-Kartell Gr.-Berlin

1. Arie Georg Fr. Händel
Quartett: Herbert Zydatis (f. Violine), Alwin Deierling (f. Violine), Herbert Lehmann (Cello), Kurt Zydatis (Bass)
2. Das wahre Reich der Freiheit Karl Marx
Vortrag, gesprochen von Albert Florath
3. Liege Peter Tschalkowsky
Quartett
4. Arthur Crispian: „Säen und Ernten“
5. a) Chinesisches Arbeiterlied Kurt Klüber
b) Lied der Arbeit (Karl Brüger) Hans Ziegler

Sonntag, den 8. Novemb., 11—11.30 Uhr
vormittags, im Berliner Rundfunk

den Erwerbslosen verbilligte Preise eingerichtet. Ratsell erzwingt Notmaßnahmen, und es ist tatsächlich so, daß durch dieses Vergleichen die Geschäftsinhaber in der Lage der Arbeitsnachweise und im Bereich der Berliner proletarischen Wohnviertel in rund 100 Erwerbslosen 750 Gefellen beschäftigen können, die sonst erwerbslos wären.

Der Gastwirt soll pumpen!

Ein Gastwirt erzählte, daß die Abgaben an Steuern und sonstigen staatlichen oder kommunalen Verpflichtungen heute für einen Monat die Summe erreichen, die früher ein ganzes Jahr beanspruchte. Demgegenüber ist aber der Umsatz um die Hälfte zurückgegangen. In Geschäften, bei denen in besseren Tagen vielleicht zwei Kellner und eine Köchin tätig waren, ist heute kein einziger Kellner mehr angestellt. Der Mann bedarft die Wirtschaft vorn im Geschäft, die Frau steht in der Küche; oft helfen arbeitslose Söhne oder Töchter mit. Für die Einstellung auch nur eines Angestellten, so heißt es, reicht es heute bestimmt nicht mehr. Das erschreckendste ist, daß sehr viele Gäste auf Pump essen und trinken müssen.“ Nicht selten kommt es vor, daß Gäste, die schon längere Zeit dem Wirt bekannt sind, eines guten Tages kommen. Ware auf Ware bestellen und dann zum Schluß erklären: „Heute muß angefrachten werden, ich habe kein Geld. Der mahrende Spruch an der Wand mit dem Feuerwehmann an der Pumpe und den Worten: „Hier wird nicht gepumpt!“ findet zum Leidwesen des Wirtes keine Beachtung.“

Überall also das gleiche Bild! Der Kleingewerbetreibende leidet Not, weil die Volksmassen, weil Arbeiter, Angestellte und Beamte Not leiden. Die Not der Arbeiterschaft ist die Not des Kleingewerbes. Leider wird dies von vielen Vertretern des kleinen Mittelstandes nach immer nicht erkannt. Man schimpft auf die Rechte für Arbeiter und Angestellte und vernachlässigt die gesamte Sozialgesetzgebung, weil man die Richtigkeit des abgemandelten alten Sprichwortes nicht erkannt hat.

Hat der Arbeiter Geld,
Hat's die ganze Welt!

Man folgt der Wirtschaftspartei mit ihrem reaktionären Kompottelhorizont oder gar dem Hitler, dem Verkündeten des aus der Schwerindustrie herorgegangenen **Hugenberg**. Politische Einsicht müßte aber gerade den Kleingewerbetreibenden in das Lager der Sozialdemokratie führen, weil nur sie durch ihren Kampf gegen die Mächtigsten der Arbeiter und Angestellten auch die rechtverdienenden Interessen des Kleingewerbes vertritt.

Ueberflüssige Schulen.

Folge des Geburtenrückgangs während des Krieges.

Die Schuldeputation hat in ihrer Sitzung am Donnerstag die bereits seit 14 Tagen vorbereiteten Zusammenlegungen und Schließungen von Volksschulen der inneren Bezirke angenommen. Es handelt sich um Schulen mit nur acht bis zehn, in einzelnen Fällen sogar nur fünf bis sieben Klassen. Zum Teil werden Schulen wie die 74. und 79. Schule in der Bappellallee zu einer Schule zusammengelegt, zum Teil werden Klassen anderer Schulen angegliedert, die damit aufgelöst werden. Die Maßnahme ist notwendig geworden, weil die Zahl der Volksschüler von Jahr zu Jahr zurückgeht, eine Ausweitung des Geburtenrückgangs während des Krieges. Die Lehrer werden nach wie vor an den einzelnen Schulen beschäftigt bleiben. Für die überzähligen Klassen ist jederzeit eine Weiterbeschäftigung möglich, da in Berlin rund 50 Klassenstellen frei sind. Bei der Zusammenlegung von Schulen soll in weitgehendem Maße darauf Rücksicht genommen werden, daß für die Schulkinder keine längeren Schulwege ausfallen.

Das Waisensterben der Wimen.

Der **Wimensterben**, die in allen Teilen der Stadt un- erzählt. — (Rüstern) — Bestände befinden hat, sind auch im Verwaltungsbezirk Köpenick eine große Menge Bäume zum Opfer gefallen. Einen besonders starken Befall zeigen die Straßendäume in der Kaulsdorfer Straße in Köpenick. Nebenerkrankung kann ein Teil der Bäume nicht mehr gerettet werden. Da für den Verkehr eine Gefahr besteht und außerdem ein weiteres Umsichgreifen der gefährlichen Krankheit mit allen Mitteln verhindert werden muß, müssen die abgestorbenen Bäume im Laufe des

Herbstes und Winters gefällt werden. Die erkrankten Bäume sollen vorläufig nur stark zurückgeschnitten werden, um sie nach Möglichkeit zu retten.

Schwaben durch **W. Ostia** unter Mithilfe des Reichsausschusses, Köpenick, 7. November, 11. Uhr, durch **Keller** Richard, Treffpunkt am des **Nicolaikirche**, **Bahnhof**. Der **Reichsverband** wird der **W. Ostia** Hilfe zurfließen.

Aus der Partei.

Fortschritte der Jugendbewegung in Schweden.

Stockholm, 6. November. (Eigenbericht.)

Der **schwedische sozialdemokratische Jugendverband**, der in diesen Tagen einen von mehreren hundert Delegierten und einer größeren Zahl ausländischer Gäste besuchten **Kongress** in Stockholm abhält, trat auf eine außerordentlich erfolgreiche **Arbeitsleistung** in den letzten Jahren zurück. Dem Verband, der vor einem Jahrzehnt zur **sozialistischen Erziehung** der **schwedischen Arbeiterjugend** ins Leben gerufen wurde, sind gegenwärtig **1106 Zweigvereine** mit zusammen **65 000 Mitgliedern** angeschlossen. Wie groß die **Wachstumsrate** dieses Jugendverbandes ist, geht daraus hervor, daß die **Mitgliedszahl** seit dem **letzten Kongress** im Jahre **1925** um **22 000**, also um **über 50 Proz.**, zugenommen ist. Den Kern des Verbandes bilden die **jugendlichen Industriearbeiter**, die zur Zeit **56 Proz.** der gesamten **Mitgliedschaft** ausmachen; **40 Proz.** der **Mitglieder** des Verbandes sind im **Alter** von **15 bis 20 Jahren**. Der **sozialdemokratische Jugendverband**, der heute einen **politischen Wachstums** ersten Ranges in Schweden darstellt, hat in seinen **Wachstums** Jahren einen **schweren Kampf** gegen die **kommunistischen Jugendverbände** geführt. Er ist aus diesem Kampf **stetig** hervorgegangen, während die **kommunistische Jugendbewegung** in Schweden heute nur noch eine **geringe Anhängerschaft** zählt.

Allgemeine Wetterlage.



Die Wetterlage hat sich in den letzten Tagen grundlegend umgestaltet. An Stelle eines kräftigen Tiefdruckgebietes über dem Nordmeer ist nach starkem Druckanstieg über Nordamerika eine **Brücke** hohen Druckes getreten, die vom russischen Hoch nach Grönland reicht. Ueber Skandinavien streift ein selbständiger Hochdruckkern zu entwickeln. Die Hochs haben dabei eine nord-südliche Richtung erhalten und die Winde haben nach Südosten gedreht. In den östlichen Teilen des Reiches beginnt bereits die Zufuhr kühlerer kontinentaler Luftmassen. Für unsere künftige Wetterlage ist ein Teilzeit über Mittelfrankreich maßgebend, es hat am Freitag der westlichen Hochhälfte bereits **Wachstum**, gegen Abend im Südwesten leichte Regenfälle gebracht. Da anzunehmen ist, daß es in seiner bisherigen Bewegung nach Osten beharrt, wird das **Wetter** in unserem Gebiet **zunehmend** stärker von ihm beeinflusst werden.

Wetterausblick für Berlin: Meist trübe bewölkt, später langsam aufkommende Regenwolkung; ziemlich kühl; stürmische bis südöstliche Winde. — Für Deutschland: In der südwestlichen Hälfte meistlich trübe und regnerisch; im übrigen Reich nach vormorgendlich trübe und im Nordosten ziemlich heiter. Temperaturen allgemein nur wenig verändert.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einführungen für viele **Kubik** aus an den **Jugendsekretariat** Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Verkehrshilfe Groß-Berlin: Montag, 17. Uhr, Hauptmitgliedsversammlung, **Kollath**, Eingang **Linienstr.** Das **Ergebnis** der **Wahl** ist **klar**.

Am Montag, 9. November, sollen alle **Gruppenveranstaltungen** aus. **Unser** **Wunsch** besteht in an der **Revolution** der **Wahl** im **Spezialwahl**. **Alle** **Wahlen** werden **mitgebracht**. Die **Wahlkämpfe** haben **freier** **Eintritt**.

Heute, Sonnabend:

- Schnecker** **Verkehr:** 19 Uhr, „Sozialistische“, morgen 21 Uhr ebenfalls, **Verkehr** am **Grabe Hugo** **Boyle**. — **Wahl:** **Freitag**, 18 Uhr **den** **den** **Kollath** **Verkehr**.
- Verkehrshilfe** **Mitte:** **Alpenstr.** **Str.** **15** **Uhr:** **Funktion** **Gruppen**.
- Verkehrshilfe** **Verkehrshilfe:** **Verkehrshilfe** **18** **Uhr** **heute** **Wahl** **Schlegel**, **Verkehrshilfe** **18**.
- Verkehrshilfe** **Verkehrshilfe** **Verkehrshilfe:** **Verkehrshilfe** **in** **den** **Sozialistischen**, **18** **Uhr**, **Verkehrshilfe** **Str.** **15**, **Uhr**.
- Verkehrshilfe** **Schnecker:** **18** **Uhr** **heute** **Verkehrshilfe** **Verkehrshilfe**, **Verkehrshilfe** **18** **Uhr** **heute** **Verkehrshilfe** **Verkehrshilfe** **in** **Verkehrshilfe**.
- Verkehrshilfe** **Verkehrshilfe:** **18** **Uhr** **heute** **Verkehrshilfe** **Verkehrshilfe** **in** **Verkehrshilfe**.



Siemens 35
Der **Europa** Empfänger mit **doppelter** **Entdämpfung** und **beluchteter** **Riesenskala**.
Preis **einschl.** **Röhren:**
für **Wechselstrom** **RM 216,-**
für **Gleichstrom** **RM 235,-**
Außer diesem Gerät führen wir **weitere** **Empfänger** sowie **Lautsprecher** für **jeden** **Bedarf** und **jeden** **Geschmack**.
Vorführung **in** **Fachgeschäften**

Riesenskala

macht den Empfang leicht

SIEMENS & HALSKE AG.
Wernerwerk, Berlin-Siemensstadt

Pastoren-Mohrenwäsche.

Die Innere Mission als Opfer der Republik!

Als Kataklysmus für Gewissensfragen der betrogenen Devaheim-Sparer erscheint jedoch ein Schriftchen „Devaheim, Innere Mission und Kirche“, dessen Verfasser der Generalsuperintendent Dibelius und der Pastor Schumacher von der Inneren Mission Frankfurt sind. Neu an diesem Traktätschen ist der Versuch, im Rahmen moralisierender, weißschweifiger Selbstberichterstattung über die „Bewusstseinsbildung unseres gesamten Lebens“, dem — republikanischen Staat die Schuld an der rechtsabwärtigen Wirtschaft der Inneren Mission aufzubürden. So heißt es:

„Die Zeit nach dem Kriege hat aus dem Zentralausschuß für die Innere Mission etwas anderes gemacht. Da kam die staatliche Wohlfahrtspflege mit ihren neuen Anforderungen an alles, was auf dem Gebiete der Wohlfahrtsarbeit geschah. Da kam das Geld, das man mit vollen Händen ausgeben zu dürfen glaubte, obwohl man eben den größten aller Kriege verloren und die schlimmste aller Inflationen durchgemacht hatte. . . . Der Staat oder begünstigte sich nicht damit, in der Wohlfahrtsarbeit selber etwas zu leisten. Er begann auch, die freie Wohlfahrtspflege zu kontrollieren und sie unter Forderungen zu stellen, in einer schleichend unterhöhten Weise. (1) . . . Das Reich gab Jahre hindurch Millionenbeiträge für die freie Wohlfahrt und leitete sie durch die Spitzenverbände weiter. Wann wäre früher so etwas erhört gewesen?“

Die Geschichte einer lebendigen, beispiellosen Volkswirtschaft auf Kosten des Staates, der Schädigung von tausenden Gläubigern und gläubigen Sparer, der Verheimlichung dieser Mißwirtschaft vor der Öffentlichkeit und dem Staatsanwalt — sie verwandelt sich unter der Feder des Generalsuperintendenten Dibelius in die züchtliche Morität der Verführung wellodgewandter Arbeiter im Weinberg Gottes durch den neuen Staat und die freieren Verhältnisse nach 1918! Wenn hier etwas „unerhört“ ist, so ist es diese Art Geschichtsklitterung, deren Kroganz wenig mit dem von Dibelius vielbesungenen christlichen „Geist der Innerlichkeit und Schlichtheit“ gemein hat.

Aus den dürftigen altentwässerten Darstellungen des Pastors Schumacher ist hervorzuheben, daß ein Großgrundbesitzer bei dem Devaheim-Konzern Entschuldungsverträge in Höhe von je 500 000 M. abgeschlossen hatten, mit denen sie billige Großdarlehen auf Kosten der kleinen Sparer zu erlangen hofften. Unter ihnen befand sich die „Generalverwaltung des preussischen Königshaus“. Die Dresdner Bank war noch großzügiger. Sie ließ durch eine Tochtergesellschaft, die Immobilienverwertungs-A.-G. (Vogel), Entschuldungsverträge über 11 Millionen Mark abschließen. Wahrlich auch kein Ruhmesblatt in der Geschichte dieser Großbank!

Man kann den Ausführungen von Dibelius ferner entnehmen, daß die Kirche nach wie vor nicht daran denkt, für die Verluste der Devaheim-Sparer einzustehen. „Evangelische Kirche und Innere Mission stehen zusammen in dem Gebet: „Gebet spart Geld!“

Ein Devaheim-Anwalt des Amtes entzogen.

Mühlheim-Ruhr, 6. November. (Eigenbericht.)

Der in die Devaheim-Affäre verwickelte Rechtsanwalt und Notar Dr. Brandes ist vom Disziplinarsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf seines Amtes als Notar entzogen worden, nachdem ihn schon der Anwaltsverein Mühlheim an der Ruhr aus der Berufsorganisation ausgeschlossen hatte. Die Staatsanwaltschaft Duisburg hat die Voruntersuchung gegen Dr. Brandes eröffnet.

Zur Hehe gegen Hansmann.

Der Beleidiger in der zweiten Instanz verurteilt.

Düsseldorf, 6. November. (Eigenbericht.)

Am 29. August war der Düsseldorf-Referendar und Jugendführer des Stahlheim, Gisevius, wegen Beleidigung des Vordrates Hansmann-Schwein zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil er, angeblich um Hansmann zur Klage zu zwingen und den Wahrheitsbeweis dafür anzutreten zu können, daß Hansmann in einer Versammlung in Rierenhof im April die bekannten Äußerungen über die Frontsoldaten getan hätte, diesen ein Schwein und ein Mistvieh dazu genannt hätte. In der heutigen Berufungsverhandlung wurde Gisevius in zwei Fällen wegen formaler Beleidigung zu je 75 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Berufung des Staatsanwalts und des Nebenklägers Hansmann wurde verworfen. In der Begründung des Urteils wurde ausgeführt, daß das Gericht den Wahrheitsbeweis für erbracht hält, daß Hansmann die Äußerungen getan habe. Er habe aber nicht die Frontsoldaten beleidigt, sondern, weil er vom Militarismus gesprochen habe, das System treffen wollen. Die gefassten Ausdrücke, die er infolge eines Zwischenrufes gemacht habe, seien eine Entgleisung.

Ein Blick in den Reichstag.

Ein Spiegelbild der Reichstagsverhandlungen.

Die Uebertragung der Reichstagsreden durch Rundfunk ist dauerlicher Weise an dem Widerstand der Deutschnationalen und Kommunisten gescheitert, obwohl sich Gemisse Löße sehr dafür eingesetzt hat. DNVP und KPD. wissen, warum sie den Rundfunkhörer die Wiedergabe vorenthalten wollen. Ihr Widerstand soll ihnen diesmal jedoch nichts nutzen. Im Austrage des Parteivorstandes ist jedoch ein kleines Büchlein von 48 Seiten erschienen, das sich „Mitschriften aus dem Oktober-Reichstag 1931“ betitelt und für 20 Pf. in den Buchhandlungen erhältlich ist. Diese interessante Schrift enthält genau nach dem amtlichen Stenogramm zitierte Stellen aus den Reden aller Parteirichtungen, die markantesten Äußerungen der Partei- und Regierungsvertreter sind im Wortlaut, mit all den stenographisch aufgenommenen Zwischenrufen usw. aufgenommen und ergeben im Gesamten ein höchst lebendiges Bild der Verhandlungen.

Zum Vorliegenden der französischen Kapitalkonferenz wurde auf deren Parteitag Herriot durch Jurat gewählt. Der bisherige Vorsitzende Daladier und der frühere Justizminister Renoult wurden zu Ehrenvorsitzenden gewählt. Juvor hatte Daladier die Höhe des Militärbudgets fristiert und mehrere Redner unter starkem Beifall Wohlwollenden mit den Sozialisten im zweiten Wahlgang gefordert. Eine Entschleunigung verlangte u. a. die Staatskontrolle über die Wirtschaft, die internationale Herabsetzung der Arbeitszeit, nationale und internationale öffentliche Arbeiten zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit, internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und internationale Währungsstabilität.

In der Pariser Sozialhandelsverteilung hat der als Sachverständiger der elektrotechnischen Abteilung beschickte Dipl.-Ing. Paul Schwaiger des Reichsministers Domagala, der Rückberufung nach Moskau nicht Folge geleistet und ist aus der Handelsverteilung ausgeschieden. Der Sauerbrunnsektion sind der Leiter der Einfuhrabteilung, Kowalski, und der Leiter der chemischen Abteilung, Gränberg, zum Opfer gefallen. Sie haben den Befehl, innerhalb dreier Tage nach Moskau abzureisen.

Erpreßte Zeugenaussagen.

Enthüllungen im Warschauer Brest-Litowsk-Prozeß.

Warschau, 6. November. (Eigenbericht.)

Die Weitervernehmung der Belastungszeugen im Prozeß gegen die Oppositionsführer hat sachlich auch weiterhin sehr wenig in die Beweisaufnahme gebracht. Dagegen haben die Aussagen der von Seiten der Anklage herbeigeholten Zeugen

senfationelle Enthüllungen über die Methoden der Voruntersuchung

gebracht. Fast einstimmig erklärten sämtliche Zeugen, daß ihre Aussagen vor dem Untersuchungsrichter entweder erzwungen waren oder überhaupt nicht von ihnen stammten. Man habe ihnen nur die bereits fertig vorliegenden „Aussagen“ zur Unterschrift vorgelegt, die sie zu unterschreiben gezwungen waren. Der Staatsanwalt versuchte, diese Vernehmungsmethoden auch in den Gerichtssaal zu übertragen, indem er einem der Zeugen drohte, ihn wegen falscher Aussagen vor Gericht zu stellen. Diese Drohung des Staatsanwalts rief unter den Angeklagten und auch im ganzen Saal einen Sturm der Entrüstung hervor. Fast alle Belastungszeugen mit Ausnahme der Polizeibeamten und Späher widersetzten sich vor dem Untersuchungsrichter gemachten Aussagen und wußten nichts Bescheidendes gegen die Angeklagten vorzubringen.

Polnische Sozialisten für Ukrainer.

An der Sejmung am Freitag wurde der sozialistische Antrag auf Errichtung der Autonomie in den von einer ukraini-

sehen Mehrheit bewohnten Landesteilen Ostgaliziens mit den Stimmen der Regierungspartei und Rechtsparteien gegen die Stimmen der Sozialisten und der nationalen Minderheiten abgelehnt.

In der vorangegangenen Debatte machten die Regierungs- und Rechtsabgeordneten den Sozialisten den Vorwurf, daß der Antrag auf Bestellung von Berlin eingereicht worden sei, und daß er die separatistischen Tendenzen der Ukrainer fördere. „Wer diese Bestrebungen unterstützt — so schloß der nationaldemokratische Abgeordnete seine Rede — dem werden wir an die Gurgel springen.“ Der sozialistische Fraktionsführer Niedziolowski wies darauf hin, daß das ukrainische Problem in Polen nur durch die Hinzuziehung der Ukrainer zur Mitarbeit an dem Aufbau der von ihnen bewohnten Territorien gelöst werden könne. Jeder Versuch, sie zu assimilieren, sei schädlich und gefährlich. Der ukrainische Redner stellte fest, daß Ostgalizien dem polnischen Staat vom Botschafterrat nur unter der Bedingung einverleibt worden sei, daß dem ukrainischen Volke die Autonomie gewährt werde, was auch der damalige Sejm bestätigt habe, ohne daß jedoch dieser Vertrag bisher erfüllt worden ist.

Die Regierungsmehrheit ist über alle Argumente der Sozialisten und Ukrainer brutal hinweggegangen.

Zur Diskussion des Wirtschaftsbeirats.

Das Thema Produktionskosten und Löhne am Beispiel der Eisenindustrie.

Der Generaldirektor Max Haller vom Siemens-Konzern führt die letzte Wirtschaftswoche eindeutig auf Ueberproduktion zurück. Die eine der neugebildeten Kommissionen des Wirtschaftsbeirats hat das Thema Produktionskosten und Preise zu behandeln. Starke Kräfte wollen immer noch Kostenreduzierung durch weiteren Lohnabbau. Das Beispiel der deutschen Eisenindustrie zeigt die Falschheit des Weges. Der Verfasser steht selbst in der „Verwaltung“ der Eisenwirtschaft.

Es ist sehr wenig überzeugend, wenn der Vorwurf der Ueberproduktion, den man mit Recht der Industrie macht, mit dem Bemerkten abgetan wird, daß dann ja nur die Produktion eingeschränkt zu werden brauche, um die Ursachen der Wirtschaftskrise zu beseitigen. Dagegen muß festgehalten werden, daß die Industrie ihre Produktion ohne Verluste einfach nicht ohne weiteres einschränken kann, weil sie ihre Produktionsmittel unter Zuhilfenahme von Preiskonventionen seit Jahren so übermäßig aufgebläht hat. Deshalb ist es müßig, das einzige Heilmittel aus der sogenannten Krise allein in der Senkung des Kostenfaktors „Lohn“ zu suchen. Das wäre daselbe, als wenn ein infolge unmäßigen Lebenswandels zugrundegegangener Mensch einer geringfügigen äußeren Berührung die Schuld an seinem unermesslichen Tode geben wollte. Dafür das Beispiel der deutschen Eisenindustrie.

Es war eine Vermessenheit anzunehmen.

daß der Verbrauch an Gütern proportional der Erzeugung bis unendliche steigen würde. Die Argumente deutscher Wirtschaftsführer, daß z. B. der Eisenverbrauch in Deutschland niedriger liege als in Amerika und deshalb noch gesteigert werden könne, waren nichtig, weil das durch Krieg, Inflation und Reparationen ausgepomperte Deutschland weitgehend konsumunfähig geworden war und gar nicht mit Amerika verglichen werden konnte. Die deutsche Ueberproduktion ist daher zum größten Teil selbst verschuldet.

Durch die Kriegsrüstungen zur höchstmöglichen Produktionssteigerung gezwungen, hat sich die Industrie verleiten lassen, auch in den Nachkriegsjahren ihre Kapazität beizubehalten, wobei ihr die Inflation zu Hilfe kam. Die Inflation brachte keine Vermehrung von Vermögenswerten per Salvo mit sich, sondern nur deren Verschlebung aus den Händen der Bargeldinhaber, Sparer und Rentner, zugunsten der Sachwertbesitzer, die ihre Schulden billiger los wurden.

Zur Rationalisierung läßt sich nicht verheimlichen, daß vor allem die westdeutschen Wirtschaftsführer trotz ihres zur Schau gestellten Pessimismus und ihrer sonst so „prophetischen Gabe“ einen Mangel an wirtschaftlicher „Ratio“ (z. B. Erzeugnisse) bemerken haben, der sie zu völligen Fehlentscheidungen führte. Sie waren in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft von einem

wahren Gründungs- und Umgründungsstauel

erfaßt, obwohl sie wußten, daß die Investitionskapitalien ausländischer Herkunft waren, ebenso daß die Verbrauchssteigerung in den Jahren 1927/28 durch Anleihen gefördert war und nicht unbegrenzt dauern konnte.

Diese Spekulation à la hausse beginnt sich nun zu rächen.

Solange die Industrie aus den oben erwähnten Gründen ihre Kapazität zu 80 Proz. — mehr war auch der Eisenindustrie

in den besten Jahren nicht möglich — ausnützen konnte, war sie auch in der Lage, ihre Auslandsanleihen zu verzinsen und dazu den Aktionären eine angemessene Dividende zu vergüten. Selbsten aber die Nachfrage, vorwiegend infolge einer starren Preispolitik stetig zurückgeht, hat sich die Ausnutzung der Kapazität bis auf 50 Proz. vermindert.

Die Verringerung des Lohnkontos durch Massenentlassungen von Arbeitern hat zwar eine Entlastung der variablen Kosten mit sich gebracht, ist aber nicht imstande, die „Kostenkrise“ zu beseitigen. Vielmehr bildet hier die Höhe der fixen Kosten,

welche durch die enorme Kapitalausweitung entstanden ist, das ausschlaggebendste Befahrensmoment. Daß die ganze Investitionspolitik nur unter dem Schutze von Preiskonventionen durchzuführen war, ist bekannt. Wenn die modernen Maschinenanlagen zu 50 Proz. stillstehen, bilden sie eine unerträgliche Belastung der industriellen Selbstkosten.

So mußte die Hütte Ruhrort-Weidewich, ein an sich rentables Werk, ihre Pforten schließen, damit ihre Produktion auf den letzten Anlagen der August-Thyssen-Hütte fortgesetzt werden konnte. Die Gründe, warum gerade das fruchtbarste, am Rhein gelegene Werk Ruhrort-Weidewich daran glauben mußte und nicht vielmehr die Dortmunder Union, ist eine „interne Angelegenheit“ des Vorstandes der Vereinigten Stahlwerke. Große Teile der Kapitalausweitung, die in der Produktionswirtschaft für diese Kapazitätsausweitung größten Kosmos angelegt wurden und eine Produktion schufen, die in keinem Verhältnis zur Nachfrage und zum Bedarf steht, sind als unproduktiv zu bezeichnen. Aus diesem Grunde ist auch die Schwerindustrie unrentabel geworden.

Es wird jedenfalls noch lange dauern, bis der Niedergangsprözeß der überdimensionierten Wirtschaft beendet ist und die Produktion und Verbrauch wieder einigermaßen normal werden, falls nicht eine staatliche Wirtschaftskontrolle schon eher Wandel schafft. Daß auf dem Wege dieses Reinigungsprozesses

in erster Linie in der Zoll- und in der Preispolitik weitgehende Lockerungen

eintreten müssen, liegt klar auf der Hand.

Die Eisenindustrie hat ihre Rationalisierungsgewinne kapitalisiert. Sie hat nicht aber die Preisentwertung und Abschlagsteigerung sich dabei zum Ziel gesetzt. Diese Art der Rationalisierung hat zum großen Teil mit der Arbeitslosigkeit z. B. in der Schwerindustrie verherdet. Wenn die Schwerindustrie behauptet, daß ihre Rationalisierungsgewinne durch „zu hohe Löhne“ wieder aufgezehrt wurden, so ist das eine offensichtliche Irreführung der Öffentlichkeit und kann durch nichts bewiesen werden. Eine weitergehende Publizität würde das Gegenteil dieser Behauptung zugunsten fördern.

Die Eisentonzerns sind seit Jahren von der Psychose umfangen, daß eine Kostenreduzierung durch Lohnabbau das hauptsächlichste Mittel zur Beseitigung der Krise darstellt, und sind immer noch nicht bereit, ihre eigenen Sünden einzusehen. Die Unternehmungen für die Gutmachung ihrer Sünden heranzuziehen, wird die beste Form der Produktionskostenreduzierung sein, die der Wirtschaftsbeirat empfehlen kann.

Mohammedanerrevolte in Kaschmir.

Gegen einen Hindufürsten.

London, 6. November. (Eigenbericht.)

Die Nichtbestimmung, die unter der zu 80 Proz. mohammedanischen Bevölkerung des indischen Fürstentums Kaschmir gegen die herrschende Hinduflotte und gegen den Hindufürsten Sir Hari Singh seit langem besteht, hat jetzt zum Ausbruch einer

Deutsches Künstler-Theater.

Bruno Franke: „Aina“.

Ein interessanter und eigenartiger Komödienstoff: der große Filmstar Aina gleicht sich ins Privatleben zurück, an ihre Stelle tritt ihr Double, die Erbschaftspielerin und erzieht die Borderen der echten Aina. Paraderolle für die Massary, die den echten und den falschen Filmstar spielt. Sie wird vom beifallsfreudigen Publikum noch lange nach dem Fallen des eisernen Vorhangs gefeiert. Dgr.

Revolte geführt. Die unzufriedenen Mohammedaner werden unterstützt durch ihre Glaubensgenossen in Britisch-Indien. Seit längerer Zeit gingen Gruppen von Mohammedanern über die Grenze von Kaschmir, um die Mohammedaner in Kaschmir gegen die Regierung zu unterstützen. Dabei kam es in den letzten Tagen zu blutigen Unruhen. 1300 Mann englischer Truppen, und zwar nur aus Engländern bestehende Formationen, die an der Grenze bereitgestellt worden waren, haben die Grenze überschritten, um dem bedrohten Herrscher zu helfen. Die Einwanderung von Mohammedanern nach Kaschmir ist in Britisch-Indien verboten worden. Hari Singh hat eine Untersuchung über die Gründe der mohammedanischen Unzufriedenheit angeordnet. Die Regierung hofft bald wieder Herr der Lage zu sein.

Oberleutnant a. D. Schulz — Jeme-Schulz — teilt mit, daß er am Sonntag, dem 3. November, die promovierenden Stk.-Trupps in Kalau nicht geführt habe, da er im Kreise Königsberg/Rm. gewesen sei.

Ein jüdisches Anstellungsgebiet hat die Sowjetregierung in Birobidschan (Ostibirien) zur Verfügung gestellt. Eine Anzahl litauischer Juden hat sich zur Auswanderung dorthin entschlossen.

Die Politik des Gegenteils.

Stegerwalds Reden und Taten.

Der Reichszentralrat und der Reichsarbeitsminister haben auf der Tagung des Ausschusses der Zentrumspartei ihre politischen Handlungen verteidigt. Der Reichszentralrat sprach vor allem über die Lohn- und Sozialpolitik, der Reichsarbeitsminister über die Innenpolitik, nebenbei aber auch über die Fragen, für die er besonders zuständig ist.

Der Reichszentralrat hat besonders auf den Prozeß der Schrumpfung der Kaufkraft hingewiesen und gesagt, daß dieser sich nicht in der bisherigen Form fortsetzen dürfe. In der Vergangenheit seien

die Löhne nicht gleichmäßig verteilt

würden. Es müßten wohl Sparmaßnahmen getroffen werden, diese dürften aber nicht zu einer derartigen Verschlechterung der Lebenslage und der Kaufkraft der breiten Schichten der Bevölkerung führen, daß auf der anderen Seite wieder ein neues Loch aufgemacht werden müßte. Wohl müsse man die Selbstkosten senken, aber unter diesen dürfe man nicht einseitig das Lohnproblem verstehen. Würde immer nur ausschließlich die Kaufkraft der Bevölkerung zusammengepreßt, dann müßten sich daraus die schwersten Folgen auch für die Landwirtschaft und den Mittelstand ergeben. Der Reichsarbeitsminister dagegen war der Meinung, daß der Reallohn bei vermindertem Nominallohn wohl bestehen bleiben müßte, daß es aber

nicht richtig sei, wenn man annähme, die Arbeiterschaft hätte die größten Opfer gebracht.

Wohl seien die Löhne im letzten Jahr um etwa 2 Milliarden gekürzt worden. Wenn man aber nach dem neuen Aktienrecht die Bilanzen der Aktiengesellschaften aufstellen werde, dann würde sich daraus ergeben, daß von den 24 Milliarden, die in unseren Aktiengesellschaften angelegt sind, kaum mehr als 10 Milliarden erhalten bleiben würden.

Wir wissen nicht, welchen Zeitraum der Reichsarbeitsminister im Auge hat, wenn er vom letzten Jahr spricht, wo die Löhne um 2 Milliarden zurückgegangen seien. Vielleicht meint er das Jahr 1930 und läßt das Jahr 1931, das Jahr eines beispiellosen Lohnabbaues, außer Betracht. Das Institut für Konjunkturforschung errechnet für das erste Halbjahr 1931

den Einkommensausfall der Arbeiter und Angestellten gegenüber dem ersten Halbjahr 1930 auf annähernd 3 Milliarden.

Das Einkommensausfall sei noch stärker gesunken. Dabei ist die Einkommensminderung der Beamten noch nicht berechnet, die für das Jahr 1931 auf 750 Millionen geschätzt wird. Der Reichsarbeitsminister stellt also die Einkommensminderung der Arbeiter, Angestellten und Beamten erheblich niedriger hin, als sie tatsächlich ist, während er im voraus berechnet, wie hoch die Kapitalminderung vielleicht sein wird, wenn die Bilanzen

nach dem neuen Aktienrecht aufgestellt werden. Ganz richtig bemerkt dazu der „Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften:

„Hier sagt der Minister etwas, was die Arbeitgeber selbst noch nicht zugeben wollen, mindestens ziehen sie nicht die Konsequenzen daraus. Sie machen heute noch trümpfhaft auf Grund der alten Basis ihre Selbstkosten-Rechnung auf. Im übrigen kann nach unserem Dafürhalten die Frage des größten Opfers nicht beantwortet werden, wie Stegerwald dieses vertritt.“

Nach dieser Methode wäre es theoretisch möglich, daß selbst wenn die Arbeitnehmer gar keinen Lohn mehr erhielten, die Aktiengesellschaften noch größere Opfer brächten.

Mit Recht fragen die Arbeitnehmer: Wer hat die stärksten Einbußen an Ernährung und Kleidung erlitten müssen? Wenn es um Leben und Sterben des deutschen Volkes geht, dann ist die Frage des größten Opfers mit dem Grade der Einengung der Lebensmöglichkeit verbunden. Jede andere Betrachtungsmethode lehnen wir ab.“

Schließlich meint der „Deutsche“, daß der Reichsarbeitsminister zunächst dafür sorgen müsse, die Voraussetzungen zu schaffen für den Fall seiner Rede, wo er sagte, daß der Reallohn bei vermindertem Nominallohn bestehen bleiben müsse. Hier sei noch viel Beräumtes nachzuholen.

Dieser Meinung schließen wir uns an. Der Reichsarbeitsminister hat die Gewohnheit, in Reden anzukündigen, was er alles tun werde, um das Wiedergutzumachen, was er getan hat. Noch niemals war die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe eine so ungeheure, als seit Herr Stegerwald angekündigt hat, daß er eine halbe Million Bauarbeiter wieder in Arbeit bringen würde.

Wir kennen kein Land und keine Epoche, wo der Reallohn so sehr gesenkt worden ist, wie es durch die Schiedssprüche des Reichsarbeitsministers in diesem Jahr geschah und weiter geschieht.

Der Abbau der Arbeitslosenversicherung läßt sich nur noch vergleichen mit dem Abbau, der durch die Inflation herbeigeführt worden ist. Und wenn schließlich der Reichszentralrat davon spricht, daß die Tarifverträge elastisch gestaltet werden müßten (wie es die Unternehmer verlangen), so ist das längst vorweggenommen. Alle zwei Monate werden die Löhne nach unten revidiert. Nun ist ein kurzfristiger Schiedsspruch verbindlich erklärt, so wird er auch schon wieder von den Unternehmern gekündigt.

Man hat darüber hinaus in die bestehenden Tarifverträge der Gemeindearbeiter eingegriffen, und jetzt will man daselbe bei den Bauarbeitern tun. Der Reichsarbeitsminister hat sich vor wenigen Wochen gegen eine zweite allgemeine Lohnabbauwelle ausgesprochen, um kurz darauf die dritte Lohnabbauwelle in Gang zu setzen.

Die Folgen dieser Politik zeigen sich jetzt schon so klar, daß es überflüssig ist, besonders darauf hinzuweisen.

Es ist nunmehr im Berliner Schmier- und Leinwandgewerbe hinsichtlich der Löhne ein tarifloser Zustand eingetreten. Nach den bisherigen Erfahrungen mit den Fuhrunternehmern ist damit zu rechnen, daß sie versuchen werden, ihre Forderungen durch ein Diktat in den Betrieben durchzusetzen. Der Gesamtverband ist nicht geneigt, ein derartiges Diktat hinzunehmen. Sollte der Versuch gemacht werden, den Lohnabbau diktatorisch durchzuführen, werden die Arbeiter im Einvernehmen mit der Organisationsleitung die Arbeit in den betreffenden Betrieben einstellen. Allzu scharf macht schartig.

Gegen die Lohnabbaupolitik.

Stellungnahme der Berliner Eisenbahner.

Die Ortsgruppe Berlin des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands nahm in ihrer Generalversammlung am 5. November Stellung zum Lohnkonflikt der Reichs-, Staats- und Gemeindearbeiter. Die bisher gefällten Schiedssprüche, die in keinem Falle die Zustimmung der Gewerkschaften gefunden haben, übertreffen in ihrer Auswirkung zum Teil noch die Vorschriften der Rotverordnung. Es besteht kein Zweifel mehr, daß diese Lohnabbaupolitik zu den verhängnisvollsten Folgen führen muß. Da zu erwarten ist, daß das für die Eisenbahner durch Schiedsspruch getroffene Lohnstillhalteabkommen in den nächsten Tagen wieder Gegenstand von Erörterungen wird, sind die Mitglieder zu höchster Aufmerksamkeit anzuhalten.

Die bisher von der Verbandsführung getroffenen Maßnahmen wurden gebilligt. Die Ortsverwaltung wird ersucht, die Aufforderung über die gespannte Situation bei allen Eisenbahnern in geeigneter Weise weiter zu betreiben. Mit Genugtuung wird zur Kenntnis genommen, daß am kommenden Sonntag die Bevollmächtigten aller Ortsgruppen des Reichsbahnbezirks Berlin zu einer organisatorischen Besprechung eingeladen sind.

300000 Arbeitslose werden fortgebildet

Das Problem der arbeitslosen Jugend.

Ueber „Die Betreuung der arbeitslosen Jugend“ sprach im Programm der Deutschen Welle Dr. Wiedwald. Seine Ausführungen gaben einen Überblick über die Erfahrungen, die im vergangenen Winter auf diesem Gebiet gesammelt worden sind und die in diesem Jahre weiter nutzbar gemacht werden sollen.

Die Ueberführung arbeitsloser städtischer Jugend in landwirtschaftliche Arbeitszweige war in begrenztem Maße möglich. Ferner war man bemüht, durch jugendpflegerische Maßnahmen den jungen Menschen Gelegenheit zu geben, wenigstens einen Teil der endlosen arbeitslosen Stunden mit nutzbringender geistiger Anregung und Sport auszufüllen. Vor allem aber wurde versucht, den jugendlichen Arbeitslosen Möglichkeiten zur beruflichen Fortbildung zu erschließen. In der Zeit vom 1. Januar bis Anfang April d. J. wurden etwa 120 000 Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren, darunter 30 000 weibliche Erwerbslose, solchen Fortbildungskursen zugeführt. In diesem Winter werden es rund 300 000 sein. Facharbeiter, kaufmännische Angestellte und Ungelernte werden durch diese Kurse erfasst.

Für die jugendlichen Facharbeiter gilt es besonders, Berufskennnisse aufzufrischen und zu erweitern. Wie nötig solche Maßnahmen sind, erfahren die Hörer des Berliner Senders vor längerer Zeit aus einem Gespräch, das jugendliche Erwerbslose vor dem Mikrophon führten, und in dem ausdrücklich hervorgehoben wurde, daß der Jugendliche, der oft bald nach Beendigung der Schulzeit

entlassen würde, häufig noch nicht allzu langer Zeit der Erwerbslosigkeit grundtätig von den Meistern abgeholt wird, da diese dann seiner handwerklichen Fertigkeit mißtrauen.

Es ist wesentlich, daß diese Kurse in allererster Linie der praktischen Berufsbildung dienen. Ihr Wert wird auch von den Jugendlichen voll gewürdigt; der Zubrang zu ihnen ist oft zahlreicher als die verfügbaren Plätze. Mehr theoretisch eingestellte Kurse finden geringeres Interesse. Der Vortragende hob hervor, daß man die besten Erfahrungen bei freiwilliger Beteiligung gemacht habe.

Verhältnismäßig schwer seien solche Jugendlichen zu erfassen, die bereits längere Zeit arbeitslos sind. Sicher liegt das, wie Dr. Wiedwald betonte, zum Teil daran, daß diese jungen Menschen dem strengen Arbeitszwang bereits entfremdet sind. Doch ob nicht vielleicht noch stärker in dieser Interesslosigkeit sich die Hoffnungslosigkeit dieser Jugendlichen ausdrückt?

4000 Metallarbeiter ausgesperrt.

Bei acht Firmen in Köln a. Rh.

Köln, 6. November. (Eigenbericht.)

In der Kölner Metallindustrie sind heute morgen bei acht Firmen, darunter die großen Werke Humboldt-Deuschmotoren, rund 4000 Arbeiter ausgesperrt worden, weil es zu keiner Verständigung über die Akkordfrage gekommen ist.

Der ab 1. November gültige Schiedsspruch legt die Tarilstundenlöhne um 6 1/2 Proz. herab. Die Unternehmer wollten aber die Akkordfrage über die Höhe des Schiedsspruches hinaus teilweise um 25 Proz. senken. Sie hatten deshalb die Arbeitsverträge mit den Akkordarbeitern gekündigt und die Arbeiter als entlassen bezeichnet, die keine neuen Arbeitsverträge eingehen wollten.

In einer großen Anzahl Kölner Werke ist es dagegen zu einer Verständigung zwischen Arbeitern und Unternehmern über die Akkordfrage nach den Sätzen des Schiedsspruches gekommen.

Unerträglicher Lohnabbau.

Postarbeiter fordern Anwendung der schärfsten Mittel.

Auch die im Gesamtverband organisierten Reichspostarbeiter des Oberpostdirektionsbezirks Berlin haben den Schiedsspruch, durch den ihre Löhne um 4 1/2 Proz. abgebaut werden sollen, in einer überfüllten Funktionärerversammlung abgelehnt.

In der Aussprache wurde vor allem auf die hohen Mieten und die noch wie vor stabil bleibenden Preise hingewiesen, die schon jetzt den Reichspostarbeitern nur noch eine färgliche Lebenshaltung gestatten. Hinzu komme noch, daß der größte Prozentlag der Reichspostarbeiter in Berlin seit Wochen verkürzt arbeite, wodurch sich ihr Wochenverdienst um etwa 20 Proz. vermindert hat. Der neue Lohnabbau ist unerträglich, weil eine weitere Einschränkung der Lebenshaltung einfach nicht mehr möglich ist.

Einnützig wurde die Forderung erhoben, endlich mit dem Lohnabbau Schluss zu machen. Käme die Regierung nicht bald selbst zu der Erkenntnis, daß ihre Lohnpolitik die Arbeiterschaft zur vollständigen Verelendung und damit zur Verzweiflung bringt, dann müssen die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und der Partei die denkbar schärfsten Mittel anwenden, um der Regierung diese Erkenntnis beizubringen. Diese Auffassung fand ihren Niederschlag in einer einstimmig angenommenen Entschließung.

Um den Schiedsspruch für Speicherebetriebe.

Ueber den Schiedsspruch für die Berliner Speicherei- und Hafenarbeiter ist auf Beschluß einer Branchenversammlung am Mittwoch und Donnerstag in den Betrieben eine Urabstimmung durchgeführt worden. Der Schiedsspruch sieht, wie im „Vorwärts“ bereits mitgeteilt wurde, gegenüber dem bisherigen Manteltarif u. a. eine ungünstigere Regelung der Arbeitszeit und eine Verschlechterung der Urlaubs- und Krankenzahlbestimmungen vor. Die Urabstimmung hat zwar die Ablehnung des Schiedsspruches, jedoch nicht die statutarisch notwendige Dreiviertelmehrheit für einen Streik ergeben. Voraussetzungen für den Streik sind die Speicherebetriebe beim Schlichter den Antrag auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches stellen.

Militärmusik nach wie vor.

Kein Erlaß des Reichswehrministers.

Einer Berliner Nachmittagsblatt brachte am Donnerstag die Nachricht, daß nach einem Erlaß des Reichswehrministers, den dieser vor kurzer Zeit sämtlichen Truppenteilen zugehen habe lassen, von der Kommandantur Berlin sämtliche Besuche über Konzertieren von Militärkapellen mit Privatpersonen, Etablissements usw. gekündigt worden seien. Weiter hieß es, daß die Kommandantur diesen Schritt mit der Erwerbslosigkeit gerade unter den Berufsmusikern begründet habe.

Leider ist diese Nachricht von A bis Z erfunden. Wie wir hierzu von der Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Musikerverbandes erfahren, sind die bisherigen alten Bestimmungen in keiner Weise geändert worden. Die Konkurrenz der Militärmusiker geht also weiter. Es wäre im Interesse der erwerbslosen Berufsmusiker wirklich Zeit, daß das Reichswehrministerium der ungeheuren Not der Berufsmusiker Rechnung trägt und die Militärkapellen von öffentlichen Darbietungen gegen Entgelt zurückzieht.

Aus München kommt allerdings die erfreuliche Nachricht, daß die dortigen Militärmusiker von sich aus, aus sozialer Einsicht nicht mehr spielen werden. Vielleicht weist dieser beachtliche Schritt der Münchener Reichswehrmusiker den Berliner Stellen den Weg, der endlich beschritten werden muß.

„Arbeitsausschuß Deutscher Verbände“

Mit der Ueberlieferung „Welle auf der Welttour“ wurde im gestrigen „Abend“ die Geldsammlung der Vertreter der „Betriebsabteilung“ des Arbeitsausschusses deutscher Verbände beleuchtet. Die Republikanische Beschwerdestelle teilt uns hierzu mit, daß es sich bei diesem Arbeitsausschuß nicht um eine „Wirtschaftskreditleihe“, sondern um eine politische Organisation handelt, die sich einseitig mit der Kriegsschuldfrage befaßt.

Jugendtarife des Zentralverbandes der Angestellten

Der Einzelkreis ist heute ab 19 1/2 Uhr im Jugendheim der Schule Hauptstr. 18.

Verantwortlich: Hr. Wolff. Druck: Schöf. Vertrieb: G. Ringelstein. Gewerkschaftsbüro: 1. Berliner Arbeiter- und Gewerkschaftsverband, Berlin. Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Preis: 20 Pfennige. Einzelheft und Belegpostzeit: Post. Einzel u. G. Berlin. O. B. 66. Postfach 6. Seite 2. Folgende.

Kaufkraft weiter droffeln!

Gehen die Geschäfte zu gut?

Am Donnerstag fanden die Gehaltstarifverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband im Berliner Einzelhandel statt. Die Einzelhändler forderten einen Abbau der Gehälter um 10 Proz. Sie waren aber nicht in der Lage, diese Forderung auch nur einigermaßen glaubhaft zu begründen.

Die Vertreter des ZM. wiesen darauf hin, daß die Not der von höher schlecht bezahlten Angestellten des Einzelhandels außerordentlich groß ist, daß fernest die Unternehmer durch brutale Personal- und Gehaltsabbau eine mehr als auszeichnende Inflationsrechnung herbeigeführt haben. Aus diesen Gründen und auch im Hinblick auf die bevorstehenden Hauptertragsmonate des Einzelhandels sei wirklich kein Grund vorhanden, für einen weiteren Abbau der Angestelltengehälter. Die Gewerkschaftsvertreter schlugen den Unternehmern vor, das Gehaltsabkommen unverändert bis zum 31. März 1932 zu verlängern.

Die Unternehmer erklärten kurz und bündig, daß sie keine Kompromisse hätten, über diesen Vorschlag zu verhandeln und brachen die Verhandlungen ab.

Wie wir erfahren, haben die Unternehmer bereits den Schlichtungsausschuß angerufen, der auch schon zum Dienstagvormittag 11 Uhr die Parteien zu Verhandlungen geladen ist. Ebenfalls am Dienstag um 2 Uhr beginnen vor dem Schlichtungsausschuß die Verhandlungen zur Beilegung des Lohnstreites der Handelsarbeiter im Einzelhandel, von denen die Unternehmer gleichfalls einen Abbau der Löhne um 10 Proz. verlangen.

Die Vize der Unternehmer, mit Hilfe des Schlichtungsausschusses möglichst schnell zu einer Neuregelung der Angestelltengehälter und Arbeiterlöhne zu kommen, läßt erkennen, daß ihnen offenbar wenig daran liegt, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zu ziehen. Denn ihre Forderung, die auf eine weitere Drofflung der Kaufkraft hinausläuft, läßt annehmen, daß sie der Meinung sind, ihre Geschäfte gehen zu gut. Was allerdings im Widerspruch steht zu ihren sonstigen Klagen.

Der ZM. hat zu Dienstagabend, 20 Uhr, die Funktionäre der Angestellten des Einzelhandels zu einer Konferenz in seinem Verbandshaus in der Hedemannstraße eingeladen. Die im Gesamtverband organisierten Handelsarbeiter nehmen am Dienstag um 19 1/2 Uhr in einer Branchenversammlung im Gewerkschaftshaus zu dem Ergebnis der Schlichtungsverhandlung Stellung.

Konflikt im Fuhrgewerbe.

Schlichtungsverhandlungen gescheitert.

In dem Lohnkonflikt mit der Berliner Fuhrherreninnung wegen der Neuregelung der Löhne haben Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß stattgefunden, die aber gescheitert sind. Die Fuhrunternehmer hatten bekanntlich einen Abbau der Löhne um 16 bis 22 Proz. (!) gefordert, obwohl die Löhne der Arbeiter des Fuhrgewerbes schon Anfang d. J. um etwa 12 Proz. gesenkt worden sind. Die Fuhrunternehmer bestanden hartnäckig auf ihren unerhörten Abbauforderungen. Auch in der Schlichtungskammer waren die Gegenstände der Beifügung nicht zu überbrücken, so daß ein Schiedsspruch nicht zustande kommen konnte. Es ist zwar von dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses den Parteien ein Vergleichsvorschlag unterbreitet worden, der einen Abbau der Löhne um durchschnittlich 10 Proz. vorsieht. Selbst dieser unerhörte Vorstoß ist von den Unternehmern als nicht weitgehend genug, von den Arbeitern aus entgegengelegten Gründen selbstverständlich abgelehnt worden.